

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redakteur und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telephon: Emil Dörfel 4194/4195



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin O 31, Zehn-Grünen-Platz 6
Telephon: Capellen

Die Befreiung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung zu übernehmen. Abnahme beträgt 4 Bogen
bei dem Druckbetriebe, wenn nicht anders vermerkt ist. Copyright für alle Teile © 1931.

Berlin, den 5. Oktober 1931.

Der Brest-Litowsk-Prozess.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Nach der Kerkertragödie die Gerichtssposse.

SPD. Auf den 9. November 1930 hatte die polnische Regierung die Neuwahl des Sejm ausgeschrieben. Genau einen Monat vorher, in der Nacht zum 9. Oktober 1930 wurden eine ganze Anzahl bekannter Führer der Oppositionsparteien, die sich zum Wahlblock Centrolew zusammengeschlossen hatten, in ihren Wohnungen unter Vorweisung nicht datierter und unnumerierter Haftbefehle der Staatsanwaltschaft festgenommen. Man brachte sie sofort in Militärautos nach der Festung Brest-Litowsk, über 20 Kilometer weit von Warschau. Auf dem Transport wurden die Verhafteten mit sofortiger Erschiessung bedroht, zum Teil, wie Dr. Hermann Liebermann, mit viehischer Brutalität misshandelt.

Obwohl sämtliche Verhafteten dem Zivilstande angehörten, wurden sie unter krasser Verletzung der Verfassung und der Gefängnisordnung in ein Militärgefängnis gebracht. Dort wurden sie je zwei in ganz kleine Zellen gesperrt und einer Behandlung unterworfen, die nichts mehr mit den gesetzlichen Vorschriften über die Untersuchungshaft gemein hatte, sondern einer verschärften Strafhaft für Militärsträflinge niederster Kategorie glich. Obgleich der Staatsanwalt Michalowski, heute Justizminister, und der Untersuchungsrichter Dr. Demant die ordentliche Untersuchungshaft verhängten, wurden den Gefangenen die gesetzmässigen Erleichterungen für Untersuchungshäftlinge verweigert. Als Lesestoff gab man ihnen ausschliesslich - Broschüren mit der "Geschichte" polnischer Regimenter. Selbst Lehrbücher fremder Sprachen, ja sogar die Bibel wurde den Gefangenen verweigert. Man zwang sie u.a. den mehrere hundert Quadratmeter grossen Hof dieses ehemaligen Klosters und jetzigen Gefängnisses mit kleinen Handbesen ohne Borsten zu säubern, was für die grösstenteils in den fünfziger Jahren stehenden Männer schwerste Ueberanstrengung und eine Arbeit bedeutete, die ihnen vollkommen ungewohnt und deshalb um so schwerer war. Aus den geringsten Anlässen wurde die Strafe der Einzelhaft in Dunkelzellen ohne jede Einrichtung und der Entziehung des Mittagessens verhängt. Erschiessungskomödien wurden aufgeführt. Der Kommandant Oberst Biernacki, ein typischer Sadist, der im Weltkrieg als Hauptmann Kostek seine Dienstzeit zwischen der Leitung einer Bäckerei und dem Kommando von Hinrichtungen ohne Urteilsspruch geteilt hatte, sprach auf die Behauptung hin, der oder jener Gefangene hätte in der Doppelzelle den Marschal Pilsudski beleidigt, die Todesstrafe aus. Man stellte den Gefangenen in einer besonderen Zelle mit dem Gesicht gegen die Wand, hinter ihm stand ein Gendarm und plötzlich krachte ein Schuss. Das war draussen oder in einer Nebenzelle aber die Todesangst hatte das unglückselige Opfer Pilsudskis und Biernackis durchgemacht... Beim Spaziergang im Hof mussten die Gefangenen sehen, wie in der Schreinerwerkstatt ein Sarg hergestellt wurde. So ging es weiter, bis am 23. November 1930, nach 75 Tagen, die Gefangenen teils in ordentliche Zivilgefängnisse überführt, teils sofort freigelassen wurden. Inzwischen war die Sejm- und die Senatswahl durchgeführt. Durch Kassierung von Oppositionslisten durch Massenterror auf dem Lande, durch Vernichtung ganzer Massen abgegebener

Stimmzettel errang die Regierung ihren Sieg, fälschte dem Parlament eine Pilsudski-Mehrheit auf und wies vor dem kapitalistischen Ausland, von dem man eine Anleihe begehrte, auf den - verfassungsmässigen parlamentarischen Charakter Polens hin!

Am 26. d. M. beginnt in Warschau der Prozess gegen elf dieser Brest-Litowsk Häftlinge. Angeklagt sind mit dem Vorsitzenden der Polnischen Sozialistischen Partei Barlicki die Sozialdemokraten Dr. Liebermann, Dr. Pragier, Mastek, Dr. Ciolkosz und Labois, ferner die Bauernpartei Witos, ehemaliger Ministerpräsident, Kiernik, ehemaliger Innenminister, Baginski und Putek. Die Anklage lautet auf Hochverrat, der durch Reden auf dem Zentralkongress in Krakau, durch Aussprüche in Versammlungen, durch Sätze in nicht beschlagnahmten Zeitungsartikeln begangen sein soll. 186 Polizeispitzel aller Grade sollen als Belastungszeugen aufmarschieren, weit über 100 Entlastungszeugen werden von der Verteidigung geführt, zu der sich mindestens 100 der hervorragendsten Rechtsanwälte aus allen Teilen Polens freiwillig gemeldet haben. Da die Hauptstraftaten in Krakau begangen sein sollen, gehört der Prozess gesetzmässig vor das Krakauer Gericht. Da jedoch in Galizien (jetzt Klein-Polen genannt) noch die österreichische Strafprozessordnung gilt, hätten in Krakau Geschworene zu urteilen. Darum verlegt man den Prozess nach Warschau, wo die zarische Prozessordnung in Kraft steht und drei Berufsrichter zu urteilen haben. Wie man weiss, ist die richterliche Unabsetzbarkeit durch eine Regierungsverordnung abgeschafft worden - der Brest-Litowsker Staatsanwalt Michalowski ist heute Justizminister. Jüngst hat man die Aburteilung von Disziplinaranklagen gegen Rechtsanwälte den Anwaltskammern abgenommen und Berufsrichtern übertragen. Damit will man die Anwälte einschüchtern. Vor ein abhängiges Gericht stellt man unter schwerster Anklage elf Führer des polnischen Volkes, durchweg Leute, gegen die Pilsudski einen alten Hass hegt, an denen er aber selbst mit den 75 Tagen von Brest-Litowsk seine Rache noch nicht gestillt zu haben scheint. Ein bezeichnendes Beispiel dessen, was da gehandelt werden soll, ist der Fall des Angeklagten Mastek. Dieser ist Vorsitzender der Sozialistischen Partei in Krakau. Als der italienische Aussenminister Grandi seinerzeit Krakau besuchte, wurde auch Mastek zu einer der Festlichkeiten eingeladen. Er kam nicht, schickte aber dem Oberfaschisten Grandi einen schönen Blumenstrauss mit einer Widmung für Matteotti. Auf der beigefügten Visitenkarte ersuchte Mastek den Empfänger, diesen Blumenstrauss doch freundlichst auf dem Grabe Matteottis niederzulegen! Es steht natürlich nicht in der Anklageschrift dass Mastek dadurch Hochverrat an Polen begangen hätte - aber diese Geste hat Mastek unter die Angeklagten gebracht.

Am 1. d. M. ist das polnische Parlament nach langer Zeit wieder zusammengetreten. Die Opposition, deren Presse und Versammlungen unter dem schwersten Terror stehen, hat wieder einmal eine Gelegenheit, wenn auch keine allzu reichliche, der Mehrheit und der Regierung die Wahrheit zu sagen. Polen leidet furchtbar unter der Weltwirtschaftskrise. Die Sozialpolitik der diktatorischen Regierung ist darauf gerichtet, vor allem die Arbeiter, denen sie die Verwaltung der Krankenkassen entrissen hat, um sie unwissenden Faschisten zu übertragen, die die Kosten der Krise tragen zu lassen. Lohnabzug, Liquidierung der sozialen Gesetzgebung, das ist die Sozialpolitik der Regierung Pilsudski. Wie die Haft in Brest-Litowsk die Opposition ihrer Führer beraubte, wie man dadurch die Oppositionsparteien einzuschüchtern trachtete, wie man die Wahl selbst im grossen fälschte, so soll der Brest-Litowsk-Prozess in Warschau die Opposition im Parlament einschüchtern. Das Land seufzt unter der Tyrannei eines geisteskranken Monomanen und einer Clique von selbstsüchtigen Strebern. Nur um dem Ausland vorzureden zu können, dass Polen gemäss seiner Verfassung eine parlamentarisch-demokratische Republik sei, werden gelegentlich noch die Formen des Parlamentarismus und der Justiz scheinbar eingehalten. Der wahre Rechtszustand in dem erneuerten Polen ist ärger als unter der früheren Fremdherrschaft des altpreussischen Obrigkeitsstaates, des altösterreichischen Absolutismus, der gemildert war durch Schlamperei - aber für Kongresspolen bedeutet das heutige Gewaltsystem sogar einen Rückschritt gegenüber jener Zeit, die dieses unglückliche Land unter einem Satrapen des russischen Zaren stand.

SPD. Bielefeld, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

In einer öffentlichen Kundgebung der SPD in Rahden in Westfalen äusser-
te sich der preussische Innenminister Severing zu der preussischen Notverord-
nung wie folgt :

"Die Gesetzgebung durch Notverordnungen befriedigt wohl niemanden, am
allerwenigsten die, die zu ihr durch die allgemeine Notlage gezwungen sind.
Neben vielen anderen unerfreulichen Seiten hat sie den Mangel, dass ihre ein-
zelnen Bestimmungen in Ursprung und Absicht viel schwerer zu erkennen sind,
als die Gesetze der ordentlichen Gesetzgebung. Auch mit dieser Verantwortung
werden die Notverordner belastet, und schliesslich werden sie auch für unrich-
tige Auslegungen verantwortlich gemacht. So hat z.B. eine grosse Stadtgemeinde
im Widerspruch zu dem -in diesem Falle- klaren Gesetzestext angeordnet, dass
tarifvertraglich festgesetzte Kündigungsfristen und Kündigungstermine durch
die Reichs- und staatsrechtlichen Sondervorschriften ausser Kraft gesetzt
sein. Das wir -wie gesagt- von der Preussischen Verordnung nicht gestützt.
Die Preussische Verordnung hat den Kreis der geschützten Rechte dahin erwei-
tert, dass auch Tarifverträge geschützt bleiben, und dass Vorschriften von Be-
stimmungen der Tarifverträge auch dann respektiert werden müssen, wenn Einzel-
verträge abgeschlossen sind, deren Inhalt auf dem Tarifvertrag beruht.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch gegen die Auffassung wenden,
als ob die Preussische Regierung darauf dränge, ständige Arbeiter der städti-
schen Verwaltungen und Betriebe zu entlassen und dafür Wohlfahrtserwerbslose
einzustellen. Das wäre aus Gründen sozialer Gerechtigkeit und im Hinblick auf
die Erfordernisse eines geregelten Betriebes nicht zu verantworten. Bei den
Auflagen an die Gemeinden zur Verminderung des Personalbestandes an Beamten,
Angestellten und Arbeitern ist gesagt, dass dabei auch eine Entlassung entbehr-
licher Arbeiter in Betracht komme. Wenn die Stadtverwaltungen den finanziellen
Effekt dieser Vorschrift auf dem Wege einer Herabsetzung der Arbeitszeit im
Sinne des preussischen Erlasses vom 27. März erreichen können und wollen, dann
wird das der Preussischen Regierung nur willkommen sein."

SPD. Hamburg, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Hamburger Senat hat an die Bevölkerung Hamburg einen Aufruf erlassen,
dessen Ernst und Eindringlichkeit durch die betonte Knappheit der Formulierung
ausgedrückt und noch besonders dadurch unterstrichen wird, dass entgegen der
bisherigen Gepflogenheit sämtliche Mitglieder des Senats ihn mit ihrem Namen
unterzeichnet haben. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

"Der Senat ist in seiner Gesamtheit zurückgetreten. Er führt nach der Ver-
fassung die Geschäfte weiter. Rechte und Pflichten des Senats sind unverändert.
Der Senat ist gewillt, die Staatsautorität zu schützen und Ruhe und Ordnung
mit Entschlossenheit aufrechtzuerhalten. Er erwartet von allen Kreisen der Be-
völkerung, die Hamburgs Lebenskraft erhalten wollen, dass sie ihn bei der Er-
füllung seiner Aufgaben unterstützen."

Der Aufruf ist eine Kundgebung des geschlossenen Willens des Senats,
die Führung des Staates in der Hand zu behalten und mit Einmütigkeit und Ener-
gie den Gefahren für das Staatswesen, für die öffentliche Ordnung und Sicher-
heit entgegenzuwirken. Die Schwierigkeiten der Lage Hamburgs sind mit dem Aus-
gang der Wahl noch erheblich verstärkt worden. Die Kassenschwierigkeiten sind
ausserordentlich gross und durch die Tatsache, dass das Reich seinen Verpflich-
tungen gegenüber den Ländern nicht gebührend nachkommt, noch erhöht worden. Der
Aufruf des Senats muss deshalb gewertet werden als ein Appell an die Bevölke-
rung, die Gefahren des Augenblicks in ihrer ganzen Schwere zu erkennen.

SPD. München, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Um das Schlichtungs- und Tarifwesen zu durchbrechen, haben die Unternehmer der oberpfälzischen Hüttenindustrie, zu denen in erster Linie die dem rheinischen Montantrust angehörende Max-Hütte und die dem bayerischen Staat gehörende Luitpold-Hütte zählen, den Ausweg ausgeklügelt, sich als Arbeitgeberverband für die bayerischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe aufzulösen. Sie glauben, auf diese Weise nicht mehr an den rechtskräftigen Schiedsspruch gebunden zu sein. Dieser Tage haben sie den Belegschaften bereits bekannt gegeben, dass nunmehr die Möglichkeit zur betriebsweisen Regelung der Arbeitsbedingungen gegeben sei. Gleichzeitig haben sie in ihrem Anschlag im Gegensatz zum Schiedsspruch die Stundenlöhne eigenmächtig herabgesetzt. Die reaktionären Unternehmer haben aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn ihr aufgelöster Arbeitgeberverband war ein eingetragener rechtsfähiger Verein, dessen Mitglieder trotz der Verbandsauflösung die abgeschlossenen Verträge einzuhalten haben. Die Gewerkschaften werden die Rechte der Arbeiterschaft wahren und gegen die Mitglieder des aufgelösten Arbeitgeberverbandes Klage anstrengen.

Aufgrund des verbindlich erklärten Schiedsspruches kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die oberpfälzischen Hüttenbetriebe die Löhne im Schiedsspruch bis Ablauf der Lohntafel, die erstmalig am 30. November gekündigt werden kann, bezahlen müssen.

SPD. Weimar, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Eine Bezirksvorstands- und Beiratssitzung der Sozialdemokratischen Partei des Bezirks Gross-Thüringen, der auch die thüringischen Landtagsabgeordneten sowie die im Wahlkreis Thüringen gewählten Reichstagsabgeordneten beiwohnten, nahm am Montag in Weimar zu den Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Stellung. Nach einem eingehenden Referat des Bezirkssekretärs Dietrich und einer sehr regen Aussprache wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

"Die Vorgänge innerhalb der Partei in den letzten Wochen, die zu der Abspaltung eines Teiles der Parteilinken und Verkündung einer neuen Partei geführt haben, bedeuten für den Befreiungskampf des Proletariats die allergrösste Gefahr. Bezirksvorstand und Beirat sprechen über die Partei-Neugründung ihr tiefstes Bedauern aus und verurteilen sie. Auf Grund der vermittelnden und ausgleichenden Haltung, die der Bezirk Thüringen in dem Parteikonflikt einnahm wurde erwartet, dass man der Forderung auf Verständigung im Interesse der Gesamtpartei nachgekommen wäre. Leider ist das nicht geschehen. Ausdrücklich stellen Bezirksvorstand und Beirat aber fest, dass weder Rosenfeld noch Siemsen im Bezirksverband Thüringen irgendwelche Schwierigkeiten in ihren Arbeiten hatten. Sie durften wegen einer Entscheidung des Parteivorstandes nicht davonlaufen und die Genossen in schwerster Kampfsituation im Stich lassen. Der im Bezirk Thüringen erfolgte Aufbau der Organisation, die in der Organisation auf allen Gebieten geleistete Arbeit in allen Situationen getragen von dem Gedanken, der Arbeiterbewegung zu dienen, ist das Werk von Tausenden von Funktionären und Mitgliedern. Es ist nicht die Arbeit eines Einzelnen, es ist Kollektivarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Diese ganze Arbeit wird von Rosenfeld und Siemsen aufs Spiel gesetzt: Kinderfreundebewegung, sozialistische Jugendbewegung, Schulungsarbeit der Funktionäre und Bildungsarbeit im grossen Ausmasse. Sie sind gefährdet, wenn das Verhalten von Rosenfeld und Siemsen irgendwo ein Echo findet. Wir erwarten deshalb von allen unseren Mitgliedern, dass sie treu zur Partei stehen und jedem Versuch, gleich auf welchem Gebiet, die Partei zu schaden, in schärfster Weise entgegentreten.

Wir wissen, dass die Belastung unsrer Funktionäre durch die politischen Zustände gross ist. Wir wissen auch, dass ein grosser Teil unsrer Funktionäre und Mitglieder mit der Taktik der Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht ein-

verstanden sind. Der Bezirksvorstand selbst hat wiederholt seinen Einfluss geltend gemacht, um die Loslösung von der Tolerierungspolitik zu erreichen. Auch der Bezirksbeirat hat in seiner letzten Sitzung in diesem Sinne durch die Annahme einer Entschliessung gewirkt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Tagen führt, das ist bereits auch die Ueberzeugung weitester Kreise der Partei, die Tolerierungspolitik ihrem Ende zu. Dann beginnt aber der Kampf erst. In dieser Stunde ist die Zusammenfassung aller Kräfte der Partei und der mit ihr verbundenen Organisationen erst recht notwendig. Der Kampf gegen die soziale Reaktion und faschistische Gefahr kann aber nur von einer starken, geschlossenen Sozialdemokratischen Partei erfolgreich geführt werden. Bezirksvorstand und Beirat rufen deshalb alle Mitglieder auf, für die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei ihre ganze Kraft einzusetzen und jeden Versuch, die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei zu zerstören, auf das schärfste zu bekämpfen."

Bezirksvorstand und Beirat nahmen schliesslich noch einen Antrag an, die in Thüringen gewählten Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Siemsen aufzufordern, unverzüglich ihre Reichstagsmandate zur Verfügung zu stellen.

SPD. Am Sonntag findet in Harzburg eine Tagung der sogenannten "nationalen Opposition" statt, an der u.a. auch Vertreter der Volkspartei insbesondere aus dem Reichsgebiet teilnehmen sollen. Der Zweck der Tagung ist die Schaffung einer möglichst breiten Front gegen die Regierung Brüning, das Ziel der Sturz der gegenwärtigen Reichsregierung.

Der Führer der Volkspartei Dingeldey nimmt an den Harzburger Besprechungen nicht teil. Er weilt am nächsten Sonntag in Breslau. Aber was in Harzburg vor sich gehen und beschlossen werden wird, geschieht in seinem Einverständnis. Wir haben dieser Tage bereits darauf hingewiesen, dass Dingeldey in letzter Zeit wiederholt mit Hitler und Hugenberg konferiert hat. Das Ergebnis dieser Konferenzen ist, dass die Volkspartei im Begriff steht zur "nationalen Opposition" überzuschwenken und der Regierung Brüning in den Rücken zu fallen. Es sei denn, dass der Ehrgeiz des Herrn Dingeldey und anderer Volksparteiler noch vor dem Zusammentritt des Reichstags gestillt wird.

Ist der Reichskanzler dazu bereit? Ist es tatsächlich seine Absicht, dem Druck der Volkspartei zu weichen und nicht nur den Reichsaussenminister und Reichsverkehrsminister zu opfern, sondern zugleich auch den Reichsinnenminister Dr. Wirth durch eine rechts eingestellte Persönlichkeit zu ersetzen? Kein Zweifel, dass hinter den Kulissen wieder einmal Dinge vor sich gehen, die die schärfste Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie erfordern.

+ + +
SPD. München, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" erfährt, wurde die Deutsche Volkspartei in Bayern von dem Führer der Volkspartei, Dingeldey, dahin unterrichtet, dass er am Sonntag vor Reichstagszusammentritt, also am 11. Oktober, in einer öffentlichen Rede die Schwenkung der Partei zur nationalen Opposition ankündigen werde. Das könne Brüning auch dadurch nicht verhindern, dass er Curtius jetzt preisgebe.

+ + +
Der Reichspräsident empfing am Montag-Nachmittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

SPD. Wien, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Otto Bauer, übermittelt uns zu Behauptungen der Rosenfeld und Seydewitz folgende Erklärung:

"Genossen der in Deutschland neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei haben behauptet, ich hätte bei dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschland interveniert, um ihre Ausschliessung zu verhüten. Gegenüber diesen Behauptungen erkläre ich: Sonntag, den 27. September hat mir Max Adler, der in Beziehungen zu den Gründern der neuen reichsdeutschen Splitterpartei steht, Mitteilungen über den Konflikt in Deutschland gemacht. Auf Wunsch von Max Adler habe ich diese Mitteilungen in einem persönlichen und vertraulichen Brief an den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Otto Wels weitergeleitet, in der Hoffnung, dass sie vielleicht doch die Beilegung des Konflikts erleichtern könnten. Ueber meine Stellung zu der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei kann kein Zweifel bestehen. Ich halte jede Spaltung der Sozialdemokratie für ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Auch wenn die von Seydewitz und Rosenfeld gegründete Verlagsgesellschaft und Zeitschrift nicht, wie der Parteiausschuss annahm, Ansätze einer Sonderorganisation gewesen sein sollten, wären die Genossen nach meiner Ueberzeugung dennoch verpflichtet gewesen, auf ihre Gründungen zu verzichten, um das bei weitem grössere Uebel der Spaltung der Partei zu vermeiden."

SPD. München, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ueber die Stimmung der im Braunen Haus kasernierten SA-Leute unterrichtet eine Zuschrift an die "Münchener Post", die von einem Hitler-Mann stammt, der vor wenigen Tagen aus der SA und aus der Nazi-Partei ausgetreten ist. Die Gründe des Austritts ergeben sich aus der Zuschrift, in der es heisst:

"Im Braunen Haus, dem Palais der Hitler-Partei, herrscht dicke Luft. Einer traut dem anderen nicht über den Weg, jeder sieht im anderen einen Verräter. Wer sich die geringste Kritik an der Politik der Parteileitung erlaubt, wird als verdächtig in all seinem Tun und Handeln beobachtet, überwacht und verfolgt. Wird einer gar als Spitzel verdächtig, so wird seinen Beteuerungen und Gegenbeweisangeboten kein Gehör geschenkt. Ohne weitere Untersuchung und ohne Feststellungen wird er oft in viehischer Weise misshandelt. In allerletzter Zeit wurde ein verdächtiger Mann der SA so furchtbar geschlagen, dass er dabei ein Auge verlor. Vor kurzem äusserte sich ein SA-Mann abfällig über die in der Kantine des Braunen Hauses feilgebotenen Hitler-Zigaretten. Schon wurde er als Provokateur behandelt, verprügelt und zum Haus hinausgeworfen. Als die Nichte Hitlers Selbstmord begangen hatte, erschien ein SA-Befehl, der jede Unterhaltung über diesen Fall aufs strengste verbot. Ueber die jüngst vom "Landvolk" gemachte Andeutung, die nationalsozialistische Partei habe erhebliche Zuwendungen vom Kali-Syndikat erhalten und unternehme deshalb nichts gegen die Grossausbeuter der deutschen Landwirtschaft, durfte die SA überhaupt nicht diskutieren. Im rüden Kasernenhofen erklärte der Führer einfach, wir hätten unsere Nasen nicht in Sachen zu stecken, die wir nicht verstünden, und die uns einen Dreck angingen. Speziell dieser Vorgang veranlasste mich zum Austritt aus der SA und der Partei. In den Sturmtrupps herrscht die Auffassung vor: schlägt Hitler diesen Winter nicht los, so gehen wir zur KPD. Tatsächlich sind in letzter Zeit auch in Bayern viele SA-Leute zur KPD abgewandert. Das Beispiel Scheringers macht Schule, während die von Hitler betonte "Legalität" sehr vielen ein Dorn im Auge ist."

SPD. Breslau, 5. Oktober (Eig. Drhtb)

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist es der "Breslauer Opposition" bisher in keinem Falle gelungen, in der schlesischen Provinz irgendwie nennenswert Fuss zu fassen. Sämtliche Ortsgruppen des Bezirks Mittelschlesien stehen nach wie vor treu und geschlossen zur Sozialdemokratie. Selbst die Ortsvereine im Landkreis Breslau, also in unmittelbarer Nachbarschaft der Abgesplitterten, haben sich bis jetzt, obwohl durch Propagandaaufmärsche der oppositionellen Schutzstaffeln hier und dort Verwirrung gestiftet war, vor jeder Ansteckung gefeit gezeigt.

SPD. Der langjährige Leiter der Volksschulabteilung im preussischen Kultusministerium, Ministerialdirektor Kaestner, hat am Montag auf ärztliches Anraten einen längeren Urlaub antreten müssen. Da er bereits seit längerer Zeit leidend ist, hat er sich zugleich entschlossen müssen, gleichzeitig sein Abschiedsgesuch einzureichen.

SPD. London, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Jahreskonferenz der Labour Party in Scarborough stand unter dem Schatten der kommenden Wahlen. Zwar weiss noch niemand wann diese Wahlen, ja, ob sie überhaupt stattfinden werden. Aber die Arbeiterpartei muss, wie ihr Führer Henderson am Montag sagte, in Bereitschaft stehen. Sie wird 550 Kandidaten aufstellen, wenn genügende Mittel zur Finanzierung ihrer Wahlkampagne beschafft werden können.

Fragen aus der Versammlung über die Geschichte der Regierungskrise und danach, ob Henderson und seine Freunde der Politik der Ausgabenkürzung auf Kosten der Arbeitslosen zugestimmt hätten, wurden nicht beantwortet. Auch ihre Diskussion wurde nicht zugelassen. Der Vorsitzende der Konferenz Stanley Hirst, betonte in seiner Ansprache, wie notwendig gerade jetzt die Einigkeit in den Reihen der Partei sei. Die Partei werde gegen den Zollltarif kämpfen, der die Erholung der Wirtschaft verlangsamen und die Lebenshaltung des Volkes verteuern würde.

SPD. Bukarest, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Montagsitzung der Interparlamentarischen Union erstattete die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Luise Schröder einen Bericht über den Mutter- und Kinderschutz. Die Rednerin hob hervor, dass die Staaten gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit für einen körperlich und seelisch gesunden Nachwuchs sorgen müssten. Die Voraussetzung dazu sei ein verstärkter Mutter- und Kinderschutz. In allen Parlamenten müssten die Fraktionen für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens auf Ausdehnung des Mutterschutzes usw. eintreten.

Die Zentrumsabgeordnete des Reichstages Frau Teusch nannte den Mutter- und Kinderschutz nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine geistige und kulturpolitische Aufgabe der Nationen. Die sozialdemokratische Abgeordnete Adele Schreiber kritisierte u.a., dass in den lateinischen Ländern für die Väter unehelicher Kinder eine Verantwortung nicht bestehe. Alle soziale Arbeit sei vergeblich, solange ganze Völkermassen mit Fliegerbomben und Gaswaffen vernichtet werden könnten.

Der nordamerikanische Abgeordnete Surowitsch forderte die Streichung sämtlicher Reparationen, damit die in den letzten Jahren in Mitteleuropa geleistete soziale Arbeit nicht länger gefährdet werde. Die neue Generation dürfe nicht für die Sünden der alten büßen. (Stürmischer Beifall).

SPD. London, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Indienkonferenz kommt nicht über die Schwierigkeiten des Hindu-Moslem Problems hinweg. Der Verfassungsausschuss hat sich inzwischen bis zum Freitag vertagt in der Hoffnung, dass bis dahin eine Einigung zwischen Gandhi als dem Vertreter des Kongresses und den Delegierten der Mohammedaner erzielt wird.

Der "Daily Herald" ist der Meinung, dass die Verfassungsfrage auch weiter beraten werden kann, wenn die Beziehungen zwischen Hindus und Moslems nicht vorher geklärt sind. Auf konservativer Seite bestehe die Tendenz, dem Hindu-Moslem-Problem auf der Konferenz eine übergrosse Bedeutung zuzuschreiben. Tatsächlich seien die Aussichten für die Lösung auf der Konferenz ungünstig, denn keine der beiden Parteien sei für diesen Zweck richtig vertreten. Aber die Aufgabe der Konferenz sei auch die Ausarbeitung einer indischen Verfassung, und nicht nur die Lösung dieses Problems. Bei einem Scheitern der Konferenz an der Hindu Moslem-Frage würde man auf konservativer Seite die Verantwortung Gandhi und damit dem Kongress zuschieben wollen. Dieses sei, so sagt der "Daily Herald", die eigentliche Bedeutung einer Erklärung Lord Sankeys, dass man vom Freitag ab ohne Unterbrechung verhandeln wolle, ohne sich um die ungelösten Fragen zu kümmern. Die Verfassungsfrage solle dann endgültig in den Vordergrund der Konferenz geschoben werden.

SPD. Die Einladung des Leiters der nordamerikanischen Aussenpolitik an einen Senator, der Europa studiert hat, zu einer Besprechung, die sich auch auf die Frage des polnischen Korridors beziehen soll, hat die polnischen Nationalisten in grosse Aufregung versetzt und sicherlich auch die polnische Diplomatie in lebhaftere Bewegung gebracht. Nicht nur sie, sondern ebenso wahrscheinlich auch die französischen Staatsmänner. Frankreich ist der Schutzherr und Verbündete Polens und wacht vielleicht noch eifersüchtiger als andere Siegermächte darüber, dass an dem Versailler Frieden nichts geändert wird.

Jeder kritische Beobachter, besonders jeder wirklich neutrale Angehörige anderer Völker als des deutschen und des polnischen wird zugeben müssen, dass das Bestehen des polnischen Korridors das schwerste Hindernis der deutsch-polnischen Verständigung ist. Die Tatsache, dass Ostpreussen vom übrigen Deutschland durch polnisches Gebiet abgetrennt ist, dass Danzig vom Reich losgerissen, unter eine Art polnischer Oberhoheit gestellt ist und entgegen dem Vertrag durch systematische Bevorzugung Gdingens beim polnischen Ueberseeverkehr dem Ruin zugeführt wird, - all das ist in der deutschen Volke sehr lebendig und vergiftet die Stimmung gegen Polen umsomehr, als das Pommereller Deutschland dauernd Grund genug hat, über polnische Bestrebungen zu klagen, die darauf hinauslaufen, ohne und mit Gewaltanwendung diese Deutschen zu polonisieren. Man muss gerechterweise zugeben, dass ein grosses, hoch zivilisiertes Volk sich gerade in einer Zeit, wo der Nationalismus überall auf der Erde sehr stark ist, nicht damit abfinden kann, dass der Staat eines anderen Volkes durch seinen Leib hindurchgreift.

Auf der anderen Seite ist das Korridorgebiet heute in seiner Bevölkerung überwiegend polnisch. Man darf in Polen nicht einmal die Erwägung laut äussern, ob nicht vielleicht eine andere Grenzziehung mehr zum Nutzen der beiden Nachbarstaaten und ihres Verhältnisses zueinander wäre. Auch Polen, die nicht chauvinistisch sind, mögen von einer Grenzänderung im Westen befürchten, dass sie nur ein Vorläufer weiterer Grenzänderungen sein könnte. Auf polnisches Land verzichten, - das ist ein für die meisten Polen geradezu unfassbarer Gedanke.

Von der Besprechung des Staatssekretärs Stimson mit dem Senator Morreau in Washington bis zu einer Lösung der Korridorfrage, deren Fragwürdigkeit übrigens Polen noch lange nicht einzuräumen im Begriff ist, wird noch sehr viel Wasser die Weichsel hinabfliessen. Aber die Sache ist immerhin ins Rollen gebracht. Vielleicht wird man schliesslich zu der allein vernünftigen Re-

gelung kommen, die Weichsel zu internationalisieren, die Kosten ihrer Ausgestaltung zu einem brauchbaren Grossschiffahrtsweg auf beide Staaten zu verteilen und den etwa an Deutschland fallenden Polen dieses Gebietes den wirksamsten Schutz ihrer Sprache und Kultur, ihrer Gleichberechtigung und Freiheit zu sichern. So könnte wohl der Weg zur deutschpolnischen Verständigung geebnet werden, bevor noch Paneuropa alle Grenzen unsichtbar macht.

SPD. New York, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Montag trat in Vancouver (Canada) der Kongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zusammen. In dem Bericht des Exekutiv-Komitees werden folgende Forderungen erhoben: Schaffung eines nationalen Wirtschaftsrates, Einberufung der Weltwirtschafts-Konferenz, Erweiterung des öffentlichen Arbeitsprogramms, Fünftagewoche, Arbeitsverbot für Minderjährige.

SPD. Die neue Notverordnung, die am Dienstag zur Veröffentlichung freigegeben wird, enthält zahlreiche Paragraphen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Sie gestattet das Verbot illegaler Schriften, deren Herstellung und Verbreitung bezw. Aufbewahrung unter bestimmten Voraussetzungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden kann. Mit der gleichen Strafe wird bedroht, wer von dem Vorhandensein illegaler Druckschriften weiss und es unterlässt, der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

In der neuen Verordnung werden auch die bisherigen Bestimmungen über die Presse verschärft. So ermöglicht die Verordnung u.a., dass künftig auch die Ersatzlieferung von Druckschriften verhindert wird. Eine periodische Druckschrift, die unter Duldung des Verlegers den Beziehern einer verbotenen Druckschrift als deren Ersatz zur Abwendung der Folgen des Verbotes zugestellt wird kann verboten werden. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen kann bestraft werden, wer eine auf Grund der Notverordnung verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt und verbreitet.

Die Verordnung sieht unter vielen anderen, zum Teil bereits bekannten Punkten noch die "Schliessung von Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung" vor. Die Schliessung dieser Sammelstätten, unter denen hauptsächlich die wie Pilze aus der Erde schießenden Nazikasernen zu verstehen sind, kann angeordnet werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Entgegen anders lautenden Nachrichten wird mitgeteilt, dass am Dienstag keine öffentliche Sitzung des Reichsrats, sondern eine vertrauliche Aussprache zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen sowie dem preussischen Provinzialvertreter stattfinden wird. Es handelt sich vor der Vorlegung des endgültigen Entwurfs und der neuen Notverordnung an den Reichspräsidenten um die Erörterung bedeutsamer, die Länder interessierender Einzelfragen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Leipzig, 5. Okt. (Eig. Ber.)

Am Montag wurde in Leipzig der 4. Afa-Kongress durch den Vorsitzenden des Bundes Aufhäuser eröffnet. Nach einem Gruss an die Gäste und die Delegierten erklärte Aufhäuser, dass die Zeit des Kongresses karg bemessen ist und sie nicht den Delegierten, sondern den Massen draussen gehöre, die unverschuldet arbeitslos vor den Toren der Betriebe stehen:

Der Afa-Kongress - so fuhr Aufhäuser fort - fällt in eine ungewöhnlich bewegte Zeit. Ein ganzes Wirtschaftssystem ist in seinen allgemeinen Grundfesten erschüttert. Die Not der Zeit zwingt zur planmässigen Wirtschaft, das Ringen geht darum, ob der Staat die Wirtschaft oder ob die Privatwirtschaft den Staat beherrschen soll. Der Kapitalismus ist gewiss nicht tot, aber ein gewisser Höhepunkt ist überschritten. Das Privatkapital macht jetzt die grössten Anstrengungen, um seine unbeschränkte Herrschaft zu behaupten. Wenn leider bisher die Arbeiterklasse ihre Kräfte nicht in der Masse entfalten konnte, wie es ihrer Macht entspricht, so lag das daran, dass politische Spaltungen sie immer wieder daran gehindert haben. Erst am Sonntag wieder ist die Arbeiterschaft durch eine neue politische Partei reicher und um die entsprechende Geschlossenheit ärmer geworden. Wir freien Gewerkschaften sind leider immer wieder das Opfer dieser Spaltungen. Deshalb sind wir berechtigt, hier zu erklären: Wir sind nicht gewillt, unsere Errungenschaften, die wir mühsam erkämpft haben und jetzt ebenso mühsam wieder verteidigen müssen, preiszugeben, weil gewisse Leute die Bedeutung dieser Errungenschaften noch nicht verstanden haben. Ueber den neuesten politischen Laden haben wir hier nicht zu entscheiden, aber aussprechen müssen wir es doch, dass mit diesen dauernden politischen Zersetzungen der Geist zerstört wird, den wir brauchen. Unter dem Aushängeschild der Meinungsfreiheit wird jetzt wieder die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zerstört. Die Frage ist, ob die persönliche Freiheit über die Organisationen stehen darf. Hier auf diesem Kongress sind Persönlichkeiten vertreten mit grosser Verantwortung, leitende Angestellte, Ingenieure, Werkmeister in gehobener Stellung, die stets darauf zu halten haben, ihre Persönlichkeit zu verteidigen. Aber sie sind sich bewusst geworden, dass ihre Persönlichkeit nur auf dem Wege des kollektiven Handelns verteidigt werden kann. Die persönliche Freiheit darf nicht über die Disziplin gestellt werden. Es ist eine überholte liberale Auffassung, die Persönlichkeit vor die Gesamtheit zu stellen. Entweder wir lassen alles über uns ergehen oder wir entschliessen uns zum kollektiven Wollen. Wer noch nicht gelernt hat, in Reih und Glied zu marschieren, der wird auch nicht fähig sein, im entscheidenden Augenblick zu stürmen. (Lebhafter Beifall). Wir tagen in einer Zeit schwerster sozialer Not und sozialer Reaktion. Mag aber kommen, was will, wir beraten, wir arbeiten und wir kämpfen weiter. (Stürmischer Beifall.)

Im Namen der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Sitzler folgende Erklärung ab: Zwei Erkenntnisse möchte ich unterstreichen, die sich für jeden Sehenden mit absoluter Gewissheit ergeben. Das eine ist die kollektive Grundlage des Arbeitsgerichts, wie sie die Reichsverfassung vorsieht. Ihre kollektiven Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden, die Tarifverträge, sind die wichtigsten Rechtsquellen und die allgemeine Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen geworden. Diese Tatsache kann nicht wieder aus der Welt geschafft werden, ohne dass unsere sozialen Verhältnisse aufs tiefste erschüttert werden. An dem Grundgedanken der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen, der Einführung auch von Notmassnahmen unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der staatlichen Hilfe beim Abschluss von Gesamtvereinbarungen, also an dem Grundgedanken des Tarifrechts und auch der Schlichtung will der Herr Reichsarbeitsminister unbedingt festhalten. Gilt es hier eine Errungenschaft, Neues über die erste schwere Belastungsprobe hinwegzuretten, so drängt sich auf allgemeinem Wirtschaftsgebiete die Ueberzeugung auf, dass etwas Neues im Werden ist. Wie unsere Wirtschaftsordnung sich unter den Schlägen der Welt:

wirtschaftskrise endgültig gestalten wird, ist noch nicht abzusehen, aber eine Rückkehr zu den früheren Zuständen muss als ausgeschlossen erscheinen.

Otto Wels, mit demonstrativem Beifall empfangen, führte aus: "Die Sozialdemokratische Partei hat mit vollem Bewusstsein sich ihren Namen gegeben. Ihr Programm und ihre Absichten sind untrennbar verbunden mit der Demokratie und dem Sozialismus. Heute wird so gern über das Wort von der "revolutionären" Sozialdemokratie gepredigt. Revolutionär? Das sind auch wir. Ein Narr, der es nicht ist oder sich heute vor der Revolution fürchtet. Hauen, Stechen und Schiessen, das ist freilich keine Revolution. Die Rationalisierung des Weltkriegs und seine Folgen in der gesamten Welt, das ist eine neue Revolution. Der Kapitalismus als System geht seinem Ende entgegen. Aus seinem Schoss steigt sein Erbe hervor, der auch sein Totengräber ist, das Proletariat. Unsere schwere Aufgabe ist es, Totengräber, aber auch Erbe zu sein. Deswegen müssen wir die Wirtschaft erhalten und fördern. Das wird freilich nicht von allen in einer Zeit begriffen, in der die Erziehung zum Wunderglauben und in der das System des politischen Meuchelmordes wieder aufersteht. Ich wünsche von der Arbeit des Kongresses, dass er gleich einer Feuersäule in der Oede der Lebensnot unserer Tage den Schönheitsbau einer freien und gerechten Gesellschaft gestalten helfe."

Im Namen des ADGB begrüßte Grassmann den Kongress und wies darauf hin, dass es zwischen AfA-Bund und ADGB wohl hier und da Unstimmigkeiten gegeben habe, aber beide eine Familie seien und bemüht sein werden, sich gegen eine feindliche Umwelt zu behaupten: In jeder Familie kann es Meinungsverschiedenheiten geben. Das Wesentliche ist, dass sie kameradschaftlich ausgetragen werden (Beifall). Gemeinsame Not erheischt gemeinsame Abwehr. Wir sind bereit, der Not der Zeit Rechnung zu tragen, aber über Tarifrecht und kollektive Arbeitsvertretung lassen wir nicht mit uns reden. Wir müssen alle zusammenstehen, um diese Wirtschaftsordnung zu beseitigen, nicht nur, weil diese Wirtschaftsordnung in steigendem Masse der Arbeiterschaft Unrecht zufügt, sondern weil die gesamte Menschheit verzweifeln müsste, wenn es nicht gelänge, die heutige Not zu beseitigen.

Weiter begrüßt im Namen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Albert Falkenberg den Kongress; sodann Josephsohn im Namen des Zentralverbandes der Konsumvereine und der Grossverkaufs-Genossenschaft, der auf die Anfänge der Arbeiterbewegung hinweist. In Leipzig sei es gewesen, wo vor 37 Jahren die erste freie Angestelltenorganisation tagte und Ende 1897 waren es erst 255 Mitglieder. Das gebe ihm als Alten das Recht zu sagen, dass er trotz der Not der Zeit nicht verzweifeln könne.

Aufhäuser antwortete auf die Begrüßungsreden: Die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Sitzler oder vielmehr die Botschaft des Reichsarbeitsministers über die Aufrechterhaltung des Tarifrechts und der produktiven Arbeitsverträge haben wir mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, und ich erkläre hier im Namen des Kongresses: wir werden jede Regierung unterstützen, die diese Grundrechte der Arbeiterschaft aufrechterhält. Wir werden aber mit Entschlossenheit, jede Regierung bekämpfen, die bereit wäre, diese Grundsätze preiszugeben. Zu der Erklärung von Grassmann sagte Aufhäuser, dass die grosse Linie der Solidarität immer aufrechterhalten worden sei zwischen ADGB und AfA-Bund und dass die Geschlossenheit zwischen den beiden Organisationen die beste Fundierung ist der politischen Einheit der Arbeiterbewegung.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Stähr, Aufhäuser und Urban.

Den Geschäftsbericht erstatten W. Stähr und Aufhäuser. Stähr führt u. a. aus: Die Organisationen des AfA-Bundes haben sich in der zurückliegenden Geschäftsperiode trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gut gehalten. Die Unterstützungseinrichtungen der angeschlossenen Verbände wurden allerdings sehr stark in Anspruch genommen, namentlich dort, wo Mittel bereitgestellt wurden, die mit dem Aufkommen durch die Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes nicht in Einklang standen. Durch Ueberprüfung und Aenderung der Satzungen sind diese Unstimmig-

keiten beseitigt; damit ist die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben gesichert.

Die Mitgliederbewegung hat sich nicht wesentlich geändert. Am 1. Juli 1931 trat der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs mit seinen Angestelltenmitgliedern zum AfA-Bund über. Nach dem 3-AfA-Gewerkschaftskongress in Hamburg hat der Bundesvorstand den Beschluss des Bundesausschusses betreffend Neueinteilung der Bezirkskartelle durchgeführt. Die Abgrenzung der Bezirkskartelle entspricht der Einteilung der Landesarbeitsämter. Allerdings ergaben sich einige Abweichungen, so die Zusammenlegung von Rheinland und Westfalen zu einem Bezirkskartell und das immer noch unter Fremdherrschaft stehende Saargebiet; dieses bildet zur Zeit noch ein selbständiges Bezirkskartell. Mit der Abgrenzung der Bezirkskartelle ging eine systematische Bearbeitung der Ortskartelle vor sich. Anfang des Jahres 1929 verzeichneten wir 381, am 1. Januar 1931 627 Ortskartelle im Reich. Diese Zahlen kennzeichnen die günstige Entwicklung unserer Bewegung. Die Durchführung dieser Aufgaben erforderte die Einrichtung einer Organisationsabteilung im Bundesbüro. Zum Schluss des Jahres 1928 waren folgende Arbeitsausschüsse in der AfA-Bundzentrale errichtet: Sozialpolitischer Ausschuss, Wirtschaftspolitischer Ausschuss, Bergbauausschuss, Behördenausschuss, Betriebsräteausschuss, Lohnpolitischer Ausschuss, Bildungsausschuss, Bühnenausschuss, Schifffahrtsausschuss. - Neuzeitliche Anforderungen machten ferner die Bildung eines Hygieneausschusses des Fachausschusses der AfA-Gewerkschaftspresse und des Arbeitsrechtsausschusses erforderlich. In diesen zwölf Arbeitsausschüssen arbeiten die Fachreferenten der angeschlossenen Verbände mit den zuständigen Abteilungsleitern des AfA-Bundesbüros zusammen. Der vorliegende Geschäftsbericht "Die Angestelltenbewegung 1928 bis 1931" berichtet in ausführlicher Weise über die Tätigkeit der AfA-Arbeitsausschüsse.

Die Hauptgeschäftsstelle des AfA-Bundes hat die Aufgabe, die Erfassung und Schulung der in öffentlich-rechtlichen Körperschaften tätigen Funktionäre durchzuführen. Der Bundeszentrale und ihren Gliederungen obliegt auch die Vorbereitung zur Berufung von Vertretern für diese Körperschaften, d. h. Vorschläge und Namhaftmachung von Vertretern. Folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die zurzeit von der AfA-Zentrale erfassten Funktionäre, die mit entsprechenden Informationen versehen werden: Arbeitsgerichtsbehörden 1 117 Kollegen, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 609 Kollegen, Angestelltenversicherung 1 929 Kollegen, Knappschaftsversicherung 89 Kollegen, Schlichtungsausschüsse 1 275 Kollegen, Gewerbe- und Handelsaufsicht 73 Kollegen, Spruchbehörden in der Sozialversicherung 289 Kollegen.

Die freigewerkschaftliche Bildungsarbeit ist in der Berichtsperiode weitgehend gefördert worden. Neben der fachlichen Bildungsarbeit der angeschlossenen Verbände hat der Bundesvorstand 41 Wochenendkurse durchgeführt, in denen über sozial- und wirtschaftspolitische Themen referiert wurde. Hieran nahmen etwa 2 120 Funktionäre teil. 1930/31 fanden vier zentrale Kurse, darunter solche für die Betriebsräte im Aufsichtsrat statt.

Aufhäuser gibt einleitend eine Übersicht über die Entwicklung der Wirtschaftskrise seit dem Hamburger AfA-Gewerkschaftskongress im Jahre 1928. Vor drei Jahren war der monatliche Durchschnitt der Arbeitsuchenden 1,5 Millionen; zu Beginn 1931: 4 $\frac{3}{4}$ Millionen. Die Viermillionengrenze ist im Sommer 1931 nur leicht unterschritten worden; auch die Saison hat in diesem Jahre keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht. Bei den Angestelltenverbänden war die Arbeitslosigkeit im August 1931 durchschnittlich 15 v. H. Am stärksten ist der Bund der technischen Angestellten und Beamten erfasst, bei dem nahezu ein Viertel der Mitglieder stellenlos ist. Die Gesamtzahl der erwerbslosen Angestellten beträgt 450 000 bis 500 000. Der Abbau der Tarifgehälter hat mit dem Jahre 1931 begonnen und betrug bis Mai etwa 6 bis 7 v. H., einschliesslich der abgebauten Leistungszulagen und der durch Kurzarbeit entstandenen Abzüge.

aber 25 v.H. Die durch Erwerbslosigkeit und Gehaltsabbau der Angestellten ver-
lofengegangene Kaufkraft beziffert der Referent mit 3 Milliarden RM. jährlich.
Der Angriff auf die Sozialpolitik richtete sich vor allem gegen diejenigen Ein-
richtungen, die als Lohnschutz angesehen werden können, nämlich Tarif-, Schlich-
tungswesen und Arbeitslosenversicherung. Ein Abbau des Schlichtungswesens ist
durch den gewerkschaftlichen Widerstand verhindert worden. Das Tarifwesen hat
durch die neuere Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts eine Aushöhlung er-
fahren. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände haben zur Wiederherstellung
der Rechtssicherheit Anträge zur Ergänzung des Betriebsrätegesetzes und der
Tarifvertragsverordnung einbringen lassen, Der Referent wendet sich mit be-
sonderer Schärfe gegen den Fehlspruch des Reichsarbeitsgerichts, wonach bei
Kurzarbeit der Angestellten ohne Kündigung die Bezüge ebenfalls gekürzt werden
dürfen. Der hier eingeschlagene Weg führt vom Monatsgehalt zur Stundenbezah-
lung des Angestellten. Auch gegenüber dieser Entscheidung des Reichsarbeits-
gerichts hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Veranlassung des
AFA-Bundes im März 1931 ein Initiativgesetz eingebracht, wonach Gehaltskürzun-
gen vor Ablauf der Kündigungsfrist unzulässig und entgegenstehende Vereinba-
rungen nichtig sein sollen.

Die Offensive des Unternehmertums gegen das kollektive Lohnabkommen geht
weiter. Wenn die Tarifverträge als abdingbar erklärt werden, dann ist auch die
Friedenspflicht der Gewerkschaften abdingbar. Man kann nicht einen Tarifver-
trag teilweise abbauen und die Friedenspflicht der Gewerkschaften aufrecht er-
halten. Der Kampf um das kollektive Arbeitsrecht ist der Kampf um die Exi-
stenz der Gewerkschaften selbst. Der Kollektivismus, das kollektive Empfinden
der Massen ist auch eine Staatsfrage. Wer der Arbeiterschaft das Kollektiv-
recht nimmt, der nimmt ihr auch das Gemeinschaftsempfinden. Es versucht, eine
teilweise Abdingbarkeit herbeizuführen. Der AFA-Bund warnt die Reichsregierung
den Kollektivismus nach dem Willen der Unternehmer zu zerschlagen.

In einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Lohnfrage stehen die Kämpfe
um den Schutz der Arbeitslosenversicherung. Aufhäuser stellt die Haltung der
Regierung Müller-Wissell der des heutigen Kabinetts gegenüber und übt insbe-
sondere Kritik an der Juni-Notverordnung, die jetzt durch das Eingreifen der
Gewerkschaften wieder eine gewisse Korrektur erfahren hat. Der Kampf um den
Schutz der Arbeitslosenversicherung wird auch in nächster Zeit weitergehen,
und es zeigt sich, dass das internationale Finanzkapital gegenüber Oesterreich,
aber auch gegenüber England mit besonderem Nachdruck die Zerschlagung der Ar-
beitslosenversicherung verlangt. Deutschland dürfe sich eine solche soziale
Zwangsjacke von Gläubigerseite nicht überziehen lassen. Zu den verfehlten Mass-
nahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe rechnet der AFA-Bund die Einfüh-
rung der Arbeitsdienstplicht. Die Hinaufsetzung des Schulentlassungsalters
wird als ständige, also nicht befristete Massnahme unterstützt. Schliesslich
wird auch vom AFA-Bund in Uebereinstimmung mit dem Frankfurter Gewerkschafts-
kongress die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche als vordringlich ver-
treten.

Bei Besprechung der übrigen Sozialpolitik hebt der Referent hervor, dass
die Angestelltenversicherung bisher den Angriffen der Sozialreaktion gegenüber
standgehalten hat. Der Versuch, sie einmal mit der Arbeitslosenversicherung,
zum anderen wieder mit der Knappschaft zu Gefahrengemeinschaften zu verein-
igen, ist vom AFA-Bund mit Erfolg abgewehrt worden. Die Angestelltenversiche-
rung hält sich ohne Reichszuschuss, und es kann nicht verlangt werden, dass sie
darüber hinaus noch für die gegenüber der Invalidenversicherung versagte aus-
reichende Reichshilfe aufkommen soll. Aufhäuser erklärt gegenüber dem Reichs-
arbeitsministerium, zu den fortwährenden Angriffen auf das Vermögen der Ange-
stelltenversicherung: "Wir bitten um Schluss der Diskussion!" Er bedauert, dass
der Deutsche Juristentag Arm in Arm mit den Gegnern der Angestelltenbewegung
eine weitere Verschärfung zum Schutze des Betriebsgeheimnisses und damit die

Einengung der Freizügigkeit der kaufmännischen und technischen Angestellten verlangt hat.

Bei den Notverordnungen der Juli=rise war auch eine Teilzahlung der Angestelltengelder in Privatbetrieben verfügt worden. Es ist dem AfA=Bund gelungen, nunmehr die Notverordnung über Teilzahlung bereits erarbeiteten Lohnes wieder zur Aufhebung zu bringen. Der Reichstag muss sobald wie möglich in einem seiner Ausschüsse mit dem von den freien Gewerkschaften eingebrachten Gesetzesentwurfes befasst werden, wonach bei Fusionen eine Entschädigungspflicht gegenüber den Angestellten und Arbeitern gesetzlich festgelegt werden soll. Als Erfolg wird über das Verbot der gewerbsmässigen Stellenvermittler für die künstlerischen Berufe berichtet, ebenso über die Verkürzung der Ladengeschäftszeit am Heiligabend. = Besondere Beachtung hat die vom AfA=Bund auf dem Gebiet der Sozialhygiene geleistete Arbeit gefunden. Auf Grund einer Erhebung ist zunächst eine Schrift über die beruflichen und gesundheitlichen Beschäftigungsverhältnisse der Stenotypistinnen herausgebracht worden. = International konnte in der Berichtsperiode neben dem Washingtoner Abkommen ein neues Arbeitszeitabkommen für diejenigen Angestelltengruppen verabschiedet werden, die das Washingtoner Abkommen nicht erfasst. = Aufhäuser appelliert an die Regierung, das neue Abkommen von Genf zu ratifizieren. = Es ist auch gelungen, nach langen Kämpfen beim Internationalen Arbeitsamt einen besonderen Angestelltenausschuss einzurichten, der zunächst die Arbeitslosenfrage, das Erfinderrecht und die Konkurrenzklausel behandelt hat.

Die Angestellten müssen sich bewusst sein, dass in nächster Zeit alle soziale politische Arbeit von der Neugestaltung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung abhängig sein wird. Die Einzelheiten für den Wirtschaftsumbau solle am nächsten Verhandlungstag in einem Referat von Dr. Rud. Hilferding näher erörtert werden. = Ein Erfolg zu den vom AfA=Bund aufgestellten Forderungen könnte bei der Reform der Versicherungsaufsicht erzielt werden. Insbesondere wird künftig bei der Genehmigung von Fusionen bei Versicherungsgesellschaften die soziale Sicherung der beteiligten Angestellten vorher geprüft werden müssen. Völlig unbefriedigt ist der AfA=Bund von den bisher getroffenen Massnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Wirtschaftsprüfer. Das Monopol der grossen Treuhandgesellschaften müsse gebrochen und den Gewerkschaften die erforderliche Mitwirkung gewährt werden. = Für die gesamte wirtschafts- und lohnpolitische Tätigkeit der freien Angestelltengewerkschaften hat sich die Statistik des AfA=Bundes gut bewährt, insbesondere die von ihm herausgebrachten Wirtschaftsbücher und seine Tarifstatistik.

Im gegenwärtigen Stadium des kapitalistischen Systems kommt es, wie der Referent zum Schluss ausführt, nicht nur darauf an, Einzelforderungen zu stellen, sondern die den Gewerkschaften gestellte gesellschafts=politische Aufgabe zu erfüllen und die Staatsherrschaft über die Wirtschaft zu erringen: Wenn es eines Tages hart auf hart gehen sollte, und diese Eventualität müssen wir ins Auge fassen, dann werden wir nicht die RGO. und die angebliche Sozialistische Arbeiterpartei als Bundesgenossen haben, dann werden wir unsere Bundesgenossen dort suchen, wo wir sie im Jahre 1920 gesucht und auch gefunden haben. (Stürmischer Beifall). Man darf nicht erwarten, dass wir Wunderkuren vornehmen können. Was aber geschieht, das muss heute, in dieser Gesellschaft noch geschehen. Wir müssen bedacht sein, in die heutige Gesellschaft, in die kapitalistische Gesellschaft Fremdkörper einzubauen, um zur Umformung der Gesellschaft zu kommen. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.)

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 199 Teilnehmern, wovon 88 stimmberechtigt sind.

In der Aussprache erklärt Dr. Croner (Deutscher Werkmeisterverband), dass die Unternehmer jetzt das Absinken der Konjunktur ausnutzen, um gegen die Sozialversicherung Sturm zu laufen: Wir wollen keine Fürsorge, die man grund=

sätzlich auch auf der Gegenseite bejaht, sondern den Rechtsanspruch. Die Verteidigung der Angestelltenversicherung ist umso schwieriger, als infolge des Widerstandes der bürgerlichen Angestelltenverbände seinerzeit unsere Forderungen auf Ausgestaltung der Leistungen gescheitert sind.

Fritz Schröder (Z.d.A.) unterzieht die Notverordnung vom 5. Juni, besonders soweit sie die sogenannte Arbeitslosenhilfe regelt, einer scharfen Kritik. Die Reichsregierung lade ihre Verantwortung auf den Vorstand der Reichsanstalt ab und halte die Angelegenheit damit für erledigt. Die Selbstverwaltung der Reichsanstalt werde zu einer Lebensfrage, wenn es sich bei der Umgestaltung der Gesellschaft um eine Lenkung der Arbeitskräfte handle. Jetzt könne man nicht von einer Krise der Selbstverwaltung der Reichsanstalt sprechen, denn eine Selbstverwaltung existiere dort überhaupt nicht. Im übrigen wären es die falschen, die arbeitslos sind. Man müsse die Unternehmer der Schwerindustrie arbeitslos machen, dann würden sich die finanzpolitischen und sozialpolitischen Fragen gleich regeln lassen. (Lebhafter Beifall.)

Lüdemann von den Schiffsingenieuren erhebt Beschwerde über die Ausnahmegesetzgebung, unter der das Schiffsfahrtpersonal heute immer noch stehe, und zwar sowohl hinsichtlich des Arbeitsvertrags, der Betriebsrätegesetzgebung als auch der Arbeitszeit und in anderen Fragen der Sozialpolitik.

Fossil von der Internationalen Artistenloge bringt für die Artisten ähnliche Beschwerden vor. Die Artisten seien wohl lohnsteuerpflichtig, aber rechtlich vollständig ausserhalb der Sozialpolitik gestellt. Man nehme von ihnen Beiträge, man ziehe von ihnen Lohnsteuern ein, aber kenne aber ihre Eigenschaft als Arbeitnehmer. Die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises müsse endlich bereinigt werden. Man müsse gegen die korrumpierten und korrumpierenden wilden Privatvermittlungen mit scharfen Strafbestimmungen vorgehen.

Nächste Sitzung Dienstag.

SPD. Paris, 5. Okt. (Eig. Drahtber.)

Das englische Pfund ist an der Pariser Montags-Börse wieder erheblich gefallen. Nachdem es am Freitag mit 100³/₈ Franken notiert worden war, setzte es am Montag mit 96 ein und schloss nach einer geringen Abschwächung mit 96 1/8 Franken. Die Tendenz an der Effektenbörse war im Zusammenhang mit der Pfund-Baisse und auf Grund der ungünstigen Nachrichten über die Finanzlage Deutschlands ebenfalls ausgesprochen schwach. Diese Haltung ist auf rein psychologische Faktoren zurückzuführen und trägt in keiner Weise der unangreifbaren Stellung der französischen Währung noch der wahren Lage der meisten französischen Unternehmungen Rechnung. Besonders schwach waren Bankaktien (Bank von Frankreich minus 725, Banque Nationale de Crédite minus 100), Elektrizitäts- und Metallwerte. Auch Suezkanal gaben 720 Franken nach. In vielen Fällen musste die Abgabe reduziert werden, da sonst mit der Nachfrage keine Kursnotiz zustande gekommen wäre.

SPD. London, 5. Okt. (Eig. Drahtber.)

Das Werben MacDonalds um die Mitwirkung der Liberalen bei den Wahlen für eine "nationale Regierung" hat immer noch nicht zum Erfolg geführt. MacDonald besuchte deshalb am Montag den in seinem Landhaus zur Erholung weilenden liberalen Führer Lloyd Georges. Auch diese Besprechung blieb ohne Erfolg.

Die Welt

Der Rekord der Schande.

Unbegrenztes Elend auch im Land der unbegrenzten Möglichkeiten - 15 000
Arbeitsangebote an eine Firma!

SPD. New York, Anfang Oktober (Eig. Ber.)

In Galsburg (USA) suchte eine Firma neun Arbeiter, sie erhielt ein Rekordangebot von fünfzehntausend. Stolz wurde die Zahl als Stadtrekord gebucht, die Wahl unter den billigsten und besten Angeboten wurde dem Unternehmer wirklich schwer. Diese furchtbare Verhältniszahl 9 : 15 000 beleuchtet deutlicher als jeder ausführliche Bericht, dass es mit der "Prosperity" im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten vorbei ist.

Die endlosen Gassen.

Das weite, fast unerschöpfliche Land, die Heimat der Tramps und Flappers, dieser modernen Bohémiens einer aufsteilenden Technik, hat sich verwandelt. Heere von Arbeitslosen ziehen an Bahndämmen und Autostrassen neuen Hoffnungen, neuen Arbeitsmöglichkeiten entgegen. Zu beiden Seiten der grossen Chausseen stehen in geringem Abstände zahlreiche Arbeiter mit erhobenen Händen, alle möchten gern mitgenommen werden, um schneller als der Nebenmann und Reisegenosse ans Ziel, an die erhoffte neue Arbeitsstätte zu kommen; die Landstrassen sind so zu endlosen Gassen der Not geworden.

Der erwerbslose amerikanische Arbeiter bezieht keinerlei Unterstützung aus öffentlicher Hand. Zahlreiche private und halbkomunale Institutionen versorgen in normalen Zeiten die Erwerbslosen mit dem kärglichen Lebensbedarf. In Zeiten einer langen Hochkonjunktur aufgeblüht, waren diese Institutionen oft nichts anderes, als Zufluchtsstätten der Ortsarmut, der Tramps und Flappers, die sie als Sprungbrett und letzte Möglichkeit des Wiederhineinwachsens ins normale Erwerbsleben betrachteten. Die Zahl dieser Landstreicher, so hoch sie auch sein mochte, fiel damals nichts ins Gewicht bei einer täglich Menschenkraft absorbierenden Industrie.

680 Zusammenbrüche!

Heute hat sich das Bild gründlich geändert. Die privaten und halböffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind überlaufen und am Ende ihrer Kraft. Sie genügen nicht mehr, um dem Elend zu steuern.

Trotz der immerwährenden, für U.S.A. typischen Arbeiterfluktuation, nimmt das Heer der Erwerbslosen in den Städten unentwegt zu. Die "Chikago-Tribune" errechnete kürzlich, dass in den Staaten allein im ersten Halbjahr 1931 nicht weniger als 680 Unternehmungen der mittleren und Grossindustrie mit 500 000 Dollar Grundkapital zusammengebrochen sind, und im Staate New York sind in den letzten Tagen acht Banken zusammengebrochen, die über ein Kapital von elf Millionen Dollar verfügten!

Der grosse Run.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begann mit dem am häufigsten erprobten Mittel, der Abwanderung. Eine umfangreiche, für europäische Begriffe kaum fassliche Fluktuation der Städter nach dem Lande, vom Norden nach dem Süden, von Ost nach West, setzte ein. Wo auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit der Arbeitsaufnahme bestand, zog sich ein Zustrom Erwerbsloser hin. Als vor wenigen Monaten z.B. der grosse "Run" der Oelproduzenten auf die neu entdeckten Oelfelder in Osttexas einsetzte, entstand auch eine wahre Völkerwanderung von Arbeitern nach diesem Staate. Neger, Indios, Chinesen und Weisse strömten von überall herbei, um unter elenden sozialen und hygienischen Verhältnissen, bei

schwerster und schmutzigster Arbeit ein geringes Auskommen zu finden. Auch der "Rekord" von Galsburg ist typisch für diese Zustände. Und besonders bezeichnend ausser der hohen Ziffer von 15 000 Angeboten ist die Tatsache, dass zahlreiche Arbeiter selbst Entfernungen über 100 Kilometer nicht scheuten, um ihr Angebot persönlich an den neuen Arbeitsort zu bringen. Früher war es ein Sport, auf der Nordsüdbahn oder auf den Zügen der Pacific-Linie als Schwarzfahrer von Osten nach Westen, von Chicago nach New Orleans zu "trampen" - heute ist es eine allgemeine Tragödie. Nicht Lust am Abenteuer zwingt heute Hunderttausende zum Herumvagabundieren und Schwarzfahren, sondern die Arbeitsnot. Das Tramp- und Flappertum, das einst eine romantische Eigenart des weiten unerschöpflichen Landes war, bildet heute ein ernstes soziales Problem.

Menschenschmuggel.

Infolge der grossen Wirtschaftskrise werden augenblicklich in Amerika mehr Menschen deportiert und ausgewiesen als hereingelassen. Es gibt Volkswirtschaftler in U.S.A., die die Ursache der amerikanischen Wirtschaftskrise in einer Inflation der Einwanderung sehen und die von der Abdrosselung des jährlichen Zustroms eine Besserung erwarten. Auch sind schon zahllose "staatsgefährliche Elemente" deportiert worden - genutzt hat es freilich nichts.

Kein Wunder auch, dass man sich mit allen Mitteln gegen das Einschmuggeln von Arbeitskräften wehrt, von denen es ja im eigenen Lande mehr als genug gibt. Man hat früher schon Chinesen und Japaner nach Kalifornien geschmuggelt, weil die Einwanderungsquote für Orientalen im Verhältnis zu der anderer Rassen ziemlich beschränkt war und weil man in den Plantagen billige Arbeitskräfte brauchte. Das war ein offenes Geheimnis, das niemanden beunruhigte. Aber heute, bei der verschlechterten wirtschaftlichen Lage, liegen die Dinge anders, der Arbeitsmarkt ist überfüllt, und die Millionenarmee von Arbeitslosen, die in Amerika zu 90% aus Unorganisierten besteht, wirkt sich im Lohnkampf aus und unterstützt den Druck, den die Unternehmer auf die Löhne ausüben. Die Arbeitslosen werden heute gegen die Arbeitenden ausgespielt und übernehmen die Rolle, die früher den eingeschmuggelten Chinesen und Japanern zufiel.

Die das Risiko tragen - -

Als man vor etlichen Wochen einige prominente Rechtsanwälte und Beamte verhaftete, die im Zusammenhang mit dieser Affäre standen, merkte man erst, dass man es mit einer durchorganisierten und weitverzweigten Bande zu tun hatte. Die Leute haben ihr Geschäft gross aufgezogen und aus dem Material und den Akten, die bis jetzt beschlagnahmt worden sind, ergibt sich, dass sich diese Organisation fast über die ganze Welt erstreckt. Es kam ihr nicht nur darauf an, Leute hereinzuschmuggeln und sie ihrem Schicksal zu überlassen, das wohl bald besiegelt gewesen wäre, da diese Leute ohne Papiere waren; sondern die Eingeschmuggelten wurden auch gleichzeitig mit gefälschten Pässen und anderen notwendigen Papieren versorgt. Schon daraus ergibt sich, dass die Schmuggler ihre Helfershelfer in allen möglichen Aemtern des öffentlichen Lebens sitzen hatten, selbst Beamte der Einwanderungsbehörden hatten sie gewonnen. Nun ist eine grosse Kampagne im Gange, um das Land "rein" zu machen: Wo man einen Hereingeschmuggelten erwischt, schiebt man ihn ab, und das Traurige an der Sache ist, dass es sich meistens um Leute handelt, die ihre sämtlichen Ersparnisse hergegeben haben, um nach Amerika zu kommen.

W.S.-P.

Dreifache Kindermörder! † In Bobfingen † (Württemberg) wurden ein Landwirt und seine 23jährige Stieftochter unter der Beschuldigung verhaftet, ein Kind, dem das Mädchen vor drei Jahren das Leben schenkte, ermordet und in einem Kartoffelacker begraben zu haben. Ein anderes Kind soll die Mutter beim Kartoffeldämpfen verbrannt, ein drittes im Jahre 1930 auf noch unaufgeklärte Weise ums Leben gebracht haben.

+ + +

Antiken=Versteigerung. Die griechische Regierung hat die Absicht, die im Besitz der griechischen Museen befindlichen antiken Duplikate versteigern zu lassen. Es sollen alle ausländischen Interessenten eingeladen werden.

Autokatastrophe: 3 Tote. Auf der Landstrasse von Allendorf nach Haiger (Westfalen) fuhr ein Lastauto gegen eine Gartenmauer und wurde zertrümmert. Drei Personen verunglückten tödlich.

Ehrendoktor Piccard. Der Stratosphärenflieger Professor Piccard soll am 22. November zum Ehrendoktor der Universität Strassburg ernannt werden.

Spionage? Unter dem Verdacht der Spionage wurde der kaufmännische Angestellte Katz aus Mainz verhaftet. Katz soll bei dem Versuch, eine Chiffriermaschine der Reichswehr an den französischen Spionagedienst in Strassburg zu verkaufen, eine Mittlerrolle gespielt haben.

Holz von Eisenhärte. Der englische Erfinder Humphries konstruierte eine Stampf- und Pressmaschine, die pulverisiertes Holz in einen Härtegrad überführt, der aus diesem Holz die Herstellung von Uhherrädern und Nägeln ermöglicht. Englische Industrielle sollen der Erfindung grosse Bedeutung beimessen; eine Million Mark sind bereits für Auslandspatente aufgewandt worden. Humphries arbeitete sieben Jahre an seiner Erfindung.

Flugzeuge auf Eis. Im kommenden Winter wird von der amerikanischen Marine zum ersten Mal das Aufsteigen und Landen von Flugzeugen auf Eisflächen systematisch geübt werden. Zu diesem Zweck hat sich ein Flugzeuggeschwader auf die Höhe der Küste von Newfoundland begeben.

Die Bremse versagte... In der Nähe von Furth (Bayr. Wald) stürzte ein mit Sportlern besetztes Automobil einen tiefen Abhang hinab, überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Eine Person wurde getötet, sechs erlitten schwere Verletzungen. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, dass an einer abschüssigen Stelle der Strasse die Bremse versagte, sodass der Chauffeur die Gewalt über den Wagen verlor.

Fischer=Krieg. In der Nordsee kam es zwischen englischen und dänischen Fischerflotten zu erbitterten Zusammenstößen, in deren Verlauf geschossen wurde.

Schicksal des Namenlosen. Ein in der Nähe von Montpellier (Südfrankreich) wegen Landstreicherei verhafteter Deutscher namens Kolach hat am Montag im Gefängnis von Montpellier einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich mit einem Eisenstück beide Pulsadern aufschnitt. Kolach wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

Die endlose Reihe. Nach einer Mitteilung der Kriegsgräberverwaltung von Arras wurden im September auf den Schlachtfeldern in der Gegend von Arras 191 Leichname gefallener Soldaten gefunden. 50 von ihnen waren Deutsche, von denen aber erst sechs indentifiziert sind.

2 Kinder tödlich verunglückt. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Montag in dem Dorf Mecklenburg bei Wismar. Der Sohn eines Hofbesitzers fuhr auf dem Feld und nahm zwei Landarbeiterkinder auf seinem Wagen mit. Unterwegs löste sich plötzlich vorn am Wagen ein Brett. Die beiden Kinder stürzten zwischen die Räder und gerieten unter den Wagen. Beide Räder gingen den Unglücklichen über den Leib. Sie wurden auf der Stelle getötet.

Wirtschaft Technik Handel

Bremer Verwandtenklüngel.

Untersuchungsbericht über die Bremer Pleiten.

SPD. In den Jahren nach der Inflation haben die Wirtschaftskreise in Bremen viel von sich reden gemacht. Dutzende von Millionen wurden im Ausbau des Hafens usw. angelegt. Von der Schröderbank in Bremen ging eine grosszügige Konzentration der Werften an der Wasserkante und des Fischfanges aus, wurde des öfteren versucht, die Seeschifffahrt zu vereinheitlichen. Von Bremen aus griff der Nordwollekonzern auf die Textilindustrie in wichtigen Bezirken Deutschlands über und schuf den grössten Wollkonzern des Kontinents. Man sprach, und nicht zuletzt in Bremen, viel und selbstgefällig von der Bremer Wirtschaftsaktivität. Dann kam die grosse Krise, die Deflation, und es zeigte sich, dass man in Bremen den Bogen stark überspannt hatte. Die Dynastie Lahusen brach in einem fürchterlichen Skandal zusammen. Die Schröderbank, das finanzielle Zentrum der Wirtschaftsaktivität in Bremen, ging in die Pleite. Bei diesen Erschütterungen ergab sich, dass die Staatsfinanzen Bremens beteiligt waren und in Mitleidenschaft gezogen wurden. Kein Wunder, dass hier die Gegner der öffentlichen Wirtschaft und die Gegner der Demokratie einhaken und erklärten, das seien die Folgen, wenn sich die öffentliche Hand auf wirtschaftlichem Gebiete betätigt.

Als die grossen Zusammenbrüche in Bremen kamen und die Beteiligung des Staates bekannt wurde, setzte der Senat einen Untersuchungsausschuss ein, der die Verhältnisse der Staatshauptkasse und ihre Beziehungen zur Privatwirtschaft zu prüfen hatte. Dieser Ausschuss hat acht Wochen lang gearbeitet und legt nun das Ergebnis seiner Untersuchung in einem umfangreichen Bericht vor. Der Bericht betont, dass die Grenzen der staatlichen Aufgaben überschritten worden seien, selbst wenn man die enge Verbundenheit des bremischen Staates mit der Wirtschaft in Bremen berücksichtigt. Enge Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft haben in Bremen seit altersher bestanden. Die alten Patrizierfamilien in Bremen betrachteten von altersher den Staat als ihr Instrument. An sich sind ja in einem so kleinen Staat die leitenden Persönlichkeiten in Staat und Wirtschaft miteinander verwandt und miteinander verschwägert. So erklärt sich erst, was in Bremen vorgegangen ist. Man kann unmöglich auf die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand schimpfen, sondern darauf, dass leitende Persönlichkeiten die Finanzkraft des Staates in den Dienst ihrer Privatgeschäfte stellten. Man kann die Wirtschaft des Verwandtenklüngels in Bremen anprangern, die masslose und unkontrollierte Subventionspolitik, niemals aber die öffentliche Hand, niemals das demokratische System.

Der Skandal in Bremen platzte mit dem Zusammenbruch des Nordwollekonzerns, dessen Auswirkungen jetzt Arbeiter und Angestellte zu büssen haben. Mit dem Nordwollekonzern verbunden, bzw. mit den Lahusens verwandt und verschwägert, waren etliche Persönlichkeiten, die im bremischen Staat und in der bremischen Wirtschaft eine erste Rolle spielen. So ist es verständlich, dass diese Persönlichkeiten, einmal um die Nordwolle zu retten, des andern um sich selbst vor Rückschlägen zu schützen, den Kredit und die Mittel des Staates anspannten. Diese Mittel hätten ausgereicht, einen Betrieb von lokaler Bedeutung zu retten. Sie waren aber zu klein, um einen Konzern von der Ausdehnung der Nordwolle vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Denn die Verluste dieses einen Konzerns übersteigen die Mittel vieler Grossbanken, übersteigen die Etatmittel des bremischen Staates, dessen Haushalt drei Jahre allein von den Verlusten der Nord-

wolle hätte leben können. Von der Nordwolle gingen dann Auswirkungen auf die Danatbank aus. Die Nordwolle riss die Schröderbank mit sich in die Katastrophe. Als die Schröderbank zusammenbrach, wurde aber bekannt, dass der bremische Staat, wenn man die Bank nicht rettete, 25 Millionen Mark eigener Gelder verlieren würde. Es stellte sich heraus, dass der massgebende Mann im Finanzressort des bremischen Staates, der volksparteiliche Senator Bömers, gleichzeitig zweiter Aufsichtsratsvorsitzender der Danatbank war. Bömers, der un gekrönte König von Bremen, hatte auf dem Umwege über die Schröderbank etliche Millionen in die bremische Industrie und die bremische Schifffahrt investiert. Diese Millionen waren jetzt gefährdet.

Das Geschäft, das das grösste Aufsehen erregte, war der versuchte Ankauf der Aktienmehrheit von Hamburg-Süd. Man wollte diese alte Hamburger Reederei unter Einfluss des Norddeutschen Lloyd, der ja in Bremen sitzt, bringen. Der Untersuchungsbericht unterstreicht, dass dieser Zweck nicht erreicht wurde, weil Hamburg-Süd den Absichten Bremens dadurch zuvor kam, dass sie sich durch Vorzugsaktien sicherte. Besonders bedenklich ist die Beteiligung des bremischen Staates an einem Konsortium zur Aufnahme von Danatbankaktien. Das Risiko dieser Geschäfte sei im Laufe der Entwicklung deutlich in Erscheinung getreten und müsse grundsätzlich für den Staat, wie es im Bericht heisst, als nicht unbedenklich bezeichnet werden, wenn auch das jetzige Ausmass des Risikos dabei nicht in Rechnung gestellt werden konnte. Dieses ganze Geschäft erklärt sich auch nur daraus, dass der Finanzminister in Bremen, eben der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Bömers, der dieses risikovolle Geschäft einging, gleichzeitig zweiter Aufsichtsratsvorsitzender bei der Danatbank war und heute noch ist. Wenn dieser Mann zufälligerweise Sozialdemokrat gewesen wäre, dann wäre der bekannte Skandal, mit dem man ja seit Jahren den "Marxismus" bekämpft, fertig. Aber es handelt sich um einen Deutschvolksparteiler und so schimpft man eben auf die öffentliche Hand. Es war derselbe Mann, der Mittel der Staatshauptkasse zu den Sanierungsgeschäften mit der Nordwolle zur Verfügung stellte, als die Lahusenverluste schon sicherlich die Höhe von 240 Millionen Mark erreicht hatten. Man spricht in unserer Zeit wieder so viel von Autorität- und Führernaturen. Man wirft der Demokratie vor, dass sie solche Naturen nicht aufkommen lasse. Alles schön und gut. Aber die Beispiele in Bremen zeigen, wie wichtig die Kontrolle durch die Demokratie und durch das Parlament für Steuer-gelder und Steuerzahler ist. Der Kapitalismus, die sogenannte freie Wirtschaft, führt immer zu Korruption. Eine Bereinigung und Reinigung ist nur durch Demokratie und durch die mit ihr verbundene grösste Offenlegung der Staatsgeschäfte zu erzielen.

Der verantwortliche Senator Bömers ist bereits aus dem Senat ausgeschieden, Auch der belastete volksparteiliche Fraktionsführer Menhold, der Rechnungsführer der Finanzdeputation war, hat seinen Rechnungsführerposten niedergelegt. Gegen den Direktor der Staatshauptkasse ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Untersuchungsbericht wird sicherlich in der Bremer Bürgerschaft eingehend behandelt werden und wir können nur hoffen, dass noch andere Amtspersonen verschwinden werden.

SPD. Der Mansfeldkonzern verbreitet am Montag Abend die Nachricht, dass er alle Vorbereitungen treffe, um den grössten Teil des Konzerns, in dem sich die Kupfergewinnung konzentriert, still zu legen. Er habe Schritte eingeleitet, um eine Verkürzung der Stilllegungsfrist zu erzielen. Die Mansfeld A.G. sei jetzt gesonnen, in privatwirtschaftlichem Sinne vorzugehen. Es wird dann in diesem Zusammenhang versucht, die Schuld für die angezeigte Stilllegung auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Die Gewerkschaften seien nicht bereit gewesen, Konzessionen für einen hinreichenden Lohnabbau zu machen.

Man staunt! Dass beim Mansfeldkonzern ganz besonders schlimme Verhältnisse

vorliegen, kann und soll nicht geleugnet werden. Die Hauptbetätigung des Konzerns liegt auf dem Gebiete der Kupfergewinnung. Die Kupferpreise sind aber im Laufe der Krise gegen ihren Höchststand während der letzten Konjunkturjahre um mehr als zwei Drittel abgesackt. Zu dem Preis, den die Mansfeld A.G. heute für ihre Kupfer erzielt, kann sie natürlich kein Kupfer produzieren. Vor denselben Schwierigkeiten steht aber jeder Kupferbetrieb in der ganzen Welt. Selbst die grossen amerikanischen Kupfergesellschaften, die unter weit besseren Voraussetzungen arbeiten als die Mansfeld, wirtschaften heute mit Verlust. Das ist in der fürchterlichen Rohstoffbaisse begründet. Der katastrophale Fall der Kupferpreise ist über die Kupfergesellschaften gekommen wie ein elementares Naturereignis.

Vom Mansfeldkonzern hängen etwa 11 000 Arbeiter und Angestellte, hängen, wenn man die Angehörigen usw. mitzählt, rund 30 000 Menschen ab. Von der Stilllegung wird ein ganzes Wirtschaftsgebiet betroffen. Das hat den Staat seit langem veranlasst, Subventionen herzugeben. Das hat auch die Gewerkschaften veranlasst, sich mit einem weitgehenden Lohnabbau abzufinden. Alle Konzessionen haben aber natürlich ihre Grenzen und für den Lohnabbau kann man sagen, dass die Gewerkschaften bis an die Grenze des Erträglichen gegangen sind. Es ist geradezu Unfug und unsinnig, wenn man die Entwicklung in der Mansfeldschen Kupferindustrie auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften zurückführen will. Mit Lohnpolitik kann man die Dinge im Kupferbergbau eben nicht meistern. Selbst wenn sich die Arbeiterschaft im Mansfeldischen bereit erklären würden - und dass das nicht geht, wird die Mansfeld A.G. hoffentlich wohl zugeben -, umsonst zu arbeiten, käme der Mansfeldkonzern über seine Schwierigkeiten nicht hinweg. Hier wirken ganz andere Dinge mit und es müssen Mittel und Wege (u.a. ist gründlicher Kapitalschnitt notwendig) gefunden werden, um einen ganzen Wirtschaftsbezirk vor dem wirtschaftlichen Tod zu bewahren und zu beschützen. Wenn aber der Mansfeldkonzern in die Welt hinausposaunt, dass die Schuld für ein Erliegen des Kupferbergbaus die Gewerkschaften trügen, dann ist das ungerichtetes Zeug und wir können die Erklärung nur so auslegen, dass ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden soll, um neue Subventionen zu erhalten. Zu der "privatwirtschaftlichen" Bekehrung der Mansfeld A.G. haben wir nicht das geringste Vertrauen.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Mieter (Sitz Berlin) hat sich mit den Projekten der Regierung auf dem Wohnungsmarkt beschäftigt und nahm eine Entschliessung an, in der gefordert wird 1) sofortige Massnahmen zur Mietersenkung für Wohn- und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten, 2) sofortige Massnahmen zur Ermöglichung der Anfechtung untragbarer Mieten bei langfristigen Mietsverträgen für Wohn- und Geschäftsräume, 3) unveränderte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes bis zur Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechtes. An die deutsche Mieterschaft richtet der Gesamtvorstand des Reichsverbandes die dringende Aufforderung, sich der bereits in Gang befindlichen Protestbewegung gegen die Massnahmen der Reichsregierung anzuschliessen, um den einmütigen Willen zur Unterstützung seiner Forderungen kund zu tun.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelnotierungen je Zentner waggonfrei märkische Station vom 5. Oktober: Weisse Kartoffeln 1,30 bis 1,40, rote und Odenswälder Blaue 1,40 bis 1,60, andere Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,50 bis 1,80 RM. Exportnotierung über Notiz. Fabrikkartoffeln 5½ bis 6½ Pfg. je Stärkeprozent.

SPD. Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband veranstaltete am Sonntag im Ruhrgebiet an 70 Orten kombinierte Zahlstellenversammlungen, die zu dem Verlauf und zu dem Ergebnis des Tarifstreits Stellung nahmen. Der gefällte Schiedsspruch wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde betont, dass die Unternehmer, nachdem sie jede Neuregelung der Arbeitszeit abgelehnt haben und auch die Regierung in dieser Frage passiv geblieben ist, die Verantwortung für weitere Ereignisse im kommenden Notwinter zu übernehmen hätten. Der Schiedsspruch erbitterte die Bergarbeiterschaft masslos. Das Dreimännerkollegium habe sich bei der Fällung des Schiedsspruchs von den hemmungslosen Forderungen der Unternehmer und durch ihr fragwürdiges Zahlenmateriel beeinflussen lassen. Den Bergarbeitern sei dadurch der letzte Rest von Vertrauen zu derartigen Schlichtungsinstanzen geraubt worden. Die Tatsache, dass man nicht gewagt hat, den Lohnschiedsspruch ohne die Erleichterung in der Arbeitslosenversicherung für verbindlich zu erklären, zeige, dass man auch in Regierungskreisen erkenne, wie unerträglich eine weitere Lohnkürzung für die Bergarbeiterschaft ist. Um so bedauerlicher sei es, dass die Regierung den masslosen Unternehmerforderungen nachgegeben habe.

Einmütig verurteilt wurden die wilden Streikparolen der Kommunisten, weil durch Putschaktionen die Lage der Bergarbeiter nicht gebessert werden könne. Es wurde aber darauf hingewiesen, dass die Grenze des Tragbaren erreicht und der Geduldfaden der Bergarbeiter zu Ende sei. Die Situation im Ruhrbergbau sei mit einem Pulverfass zu vergleichen. Die Explosion sei noch einmal durch das mannhafte Auftreten der organisierten Arbeiterschaft verhindert worden. Ob das in Zukunft noch einmal möglich ist, könne nur bezweifelt werden.

SPD. Der Vorstand des Gesamtverbandes hatte am Sonntag die Funktionäre der Seeleute aus allen Hafenstädten nach Berlin gerufen, um zu dem Schiedsspruch über den Lohn- und Manteltarif der Seeleute Stellung zu nehmen. Die Berichte der Verbandsvertreter wurden von der Konferenz mit grosser Erregung entgegen genommen.

Die Seeleute haben sicherlich von einem Schiedsspruch nicht viel erwartet, da sie ja den Einfluss der Reedereien auf die Regierung genau kennen. Alle Befürchtungen sind aber weit übertroffen worden. Den Reedereien ist es gelungen, die Folgen der zum grossen Teil selbst verschuldeten Schwierigkeiten in der Seeschifffahrt weitgehend auf die Seeleute abzuwälzen. Der Schiedsspruch, der mit den Stimmen der Reedereivertreter gegen die Stimmen der Seeleuterevertreter aller Chargen angenommen wurde, senkt zum Beispiel den Lohn des Vollmattrosen von 132 Mark im Monat auf 114 Mark. Das ist ein Abzug von 13,6 Prozent. Daneben wird aber an allen Ecken und Enden "gespart", sodass der Seemann im Gesamteinkommen eine Einbusse von 20 Prozent erleidet. Ueberstunden sollen zum Beispiel in Zukunft nicht mehr bezahlt werden. Die Seeleute sollen sie "abbummeln". Die Entschädigungspflicht für den freien Tag im Monat, der aus "dienstlichen" Gründen nicht gewährt wird, ist gestrichen worden. Das ist eine glatte Verhöhnung der Seeleute. Bei der geringen Besatzung der deutschen Schiffe, die allmählich zu einer Gefährdung der internationalen Schifffahrt geworden ist, wird sich natürlich stets ein Grund finden, den freien Tag zu verweigern. Hinsichtlich des Dreiwachensystems (Achtstundentag) sind die bisher schon zugelassenen Ausnahmen derart erweitert worden, dass die Reedereivertreter mit gutem Gewissen für die Annahme des Spruches stimmen konnten. Für Tausende von Seeleuten wird aber die Arbeitszeit durch solche Machenschaften um vier Stunden am Tag erhöht, in einer Zeit, wo 20 000 Seeleute erwerbslos sind. Sogar die Schutzbestimmungen aus der alten und sehr schlechten Seemannsordnung wollten die Reeder beseitigen. Das wird wohl die Lage in der Seeschifffahrt zur Genüge charakterisieren.

An die Ausführungen der Verbandsvertreter schloss sich eine heftige Dis-

kussion. Unter Zurückstellung schärferer Anträge wurde einmütig beschlossen, den Seeleuten die Ablehnung des Schiedsspruchs zu empfehlen.

Damit ist die Bewegung in der Seeschifffahrt in ein Stadium getreten, das ausserordentliche Gefahren für Handel, Schifffahrt und Devisenbeschaffung birgt. Man muss gestehen, dass diejenigen, die für den unhaltbaren Schiedsspruch die Verantwortung tragen, den Bogen überspannt haben.

SPD. Die Verwaltung der Reichsstickstoff-Werke Piesteritz, die an ein Konsortium unter Führung der I.G. Farben verpachtet sind, hat der Betriebsvertretung mitgeteilt, dass der Betrieb den Winter über stillgelegt werden soll. Es bestehe auch nicht die Gewähr, ob er zum Frühjahr wieder aufgenommen wird.

SPD. In der letzten Septemberwoche hat sich der Grosshandelsindex weiter gesenkt und zwar = Preise 1913 = 100 gesetzt = von 108,3 auf 107,6. Bei den Agrarstoffen, die zum ersten Mal unter 100 gesunken sind, liegt ein Rückgang von 1,4 Prozent auf 99,4 Prozent vor. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren gingen um 0,4 Prozent auf 99,5 zurück. Der Index für Produktionsmittel hat sich mit 130,3 nicht verändert. Bei den Konsumgütern ist ein Rückgang von 0,4 Prozent auf 136,8 eingetreten. Insgesamt ging der Index für industrielle Fertigwaren um 0,2 Prozent auf 134 zurück.

SPD. Der Ruhrbergbau, der "Haldenkohle für bedürftige Erwerbslose" um 30 Prozent verbilligt abgeben will = dabei kommt immer noch der phantastische Preis von 13 Mark pro Tonne heraus -, teilt mit, dass man Verhandlungen mit den Kohlenhändlern anbahnen will, durch die ein Nachlass in ähnlichem Umfange erreicht werden soll.

Schon die Tatsache, dass der Kohlenbergbau dem Kohlenhandel einen derartigen Preisnachlass zumutet, spricht für die Uebersteigerung der Handelsgewinne Bände. Wenn man die ganze Aktion abschätzen will, kann man nur sagen, dass die Erwerbslosen, weil die Kohle ja immer noch viel zu teuer bleibt, sehr wenig davon haben werden. Dabei verkommt die Kohle auf der Halde. Wäre es nicht besser, wenn man kurzen Prozess machte und die Erwerbslosen, wie wir das oft schon vorgeschlagen haben, für den kalten Winter gratis mit Kohle versorgt?

In diesem Zusammenhang werfen wir die Frage auf, was die Braunkohlenbarone eigentlich zu tun beabsichtigen? So viel uns zu Ohren gekommen ist, hat die Regierung bei den Braunkohlensyndikaten angeklopft, ob sie nicht ihre übersteigerten Handelsgewinne im Interesse der Brikettverbilligung reduzieren wolle. Wie uns dazu versichert wird, haben Kreise um den Petscheck-Konzern auf diese Anfrage mit Stillegungsandrohungen geantwortet. Es wäre doch sehr interessant, wenn die Regierung sich mal über dieses Gerücht, das, wenn es wahr sein sollte, ein ungeheurer Skandal wäre, äussern würde!

Bedenkliche Zurückhaltung.

(Berliner Getreidebörse vom 5. Oktober.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Montag das Angebot an Brotgetreide beider Arten, besonders an Roggen, sehr knapp. Es war nicht möglich, den laufenden Bedarf der Mühlen zu decken. Viele Roggenmühlen sind daher gezwungen, aus Mangel an Rohmaterial ihren Betrieb einzuschränken. Einige dürften sogar ihren Betrieb völlig schliessen müssen. Die Weizenmühlen sind gleichfalls schwach versorgt, jedoch macht sich hier der Mangel an Mahlgut nicht so störend bemerkbar, weil der Bedarf an Weizenmehl sehr gering ist. Das wenige Material, das auf den Markt kam, fand glatte Aufnahme und erzielte beim Weizen um 2 Mark, beim Roggen um 1 Mark höhere Preise. Am Markte der Zeitgeschäfte eröffnete Weizen gleichfalls fester. Roggen zeigte bei der Eröffnung wenig Veränderungen und schwächte sich im Verlauf der Börse sogar ab. Am Mehlmarkt wurden für beide Sorten um 25 Pfg. höhere Forderungen gestellt, Roggenmehl war teilweise sogar um $\frac{1}{2}$ Mark höher offeriert. Die Nachfrage nach Roggenmehl war grösser als das vorhandene Angebot. Für Hafer waren die Forderungen gleichfalls erhöht, liessen sich jedoch nicht immer durchdrücken.

	<u>3. Oktober</u>	<u>5. Oktober</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 - 217	217 - 220
Roggen	187 - 189	189 - 191
Traugerste	157 - 172	159 - 173
Futter- und Industrieroggen	149 - 156	151 - 158
Hafer	137 - 145	140 - 148
Weizenmehl	27,00 - 32,00	27,00 - 32,00
Roggenmehl	26,50 - 29,00	26,65 - 29,15
Weizenkleie	10,30 - 10,50	10,30 - 10,50
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 232 (Vortag 230), Dezember 235 - 235 $\frac{1}{2}$ (234 $\frac{1}{2}$), Roggen Oktober 202 $\frac{1}{2}$ -201 (202) Dezember 201-199 $\frac{1}{2}$ (201), Hafer Oktober 153-153 $\frac{1}{2}$ (151), Dezember 157-157 $\frac{1}{2}$ (155 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 5. Oktober. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 63 gr 11,25, über 60 gr 10,75, über 58 gr 10,25, über 48 gr 9,25; frische Eier über 58 gr 9,50-10, aussortierte kleine und Schmutzeier 7-8. B. Auslandseier: Dänen 18er 11, 17er 10,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10, Holländer 60=62 gr 10,50-11, Bulgaren 9,50, Rumänen 8,50-8,75, Russen normale 8,25-8,50, Polen normale 7,75-8,25, abweichende 7,50-7,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50-7. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe, Tendenz: fester.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 5. Oktober 1931.

"Klippen voraus!"^x

SPD. Das geschah, als ich mit der "Glenora" nach Brisbane fuhr. Die Dü-
nung war kurz; Kisten und Fässer rumorten im Laderaum. Die hustende, kullig
klopfende Maschine schraubte sie von einem Hafen zum anderen. Das Schiff fuhr
mit hoher Versicherung Regierungsgut. Im Kartenhause, das zur Passagierkabine
umgewandelt worden war, logierte der einzige Gast an Bord, ein höherer Staats-
beamter, der den Transport zu begleiten hatte. Er kam mit der Ladung direkt von
Halifax nach Australien, eine Kleinigkeit von achttausend Meilen. Mit dieser
Reise auf dem Küstendampfer wollte er das Salzwasserpflügen endgültig aufsteck-

An Bord war alles auf die Ladung stolz. Aus Respekt vor dem hohen Gaste
liess der Pott sein rheumatisches Knurren nur noch in windstarken Nächten höre

Für Tiefwassermatrosen gibt es nun freilich nichts Verächtlicheres und
Stumpfsinnigeres als so einen Trip auf einem Küstendampfer in australischen Ge-
wässern. Der hohe und einzige Passagier hätte diese Auffassung beinahe gewan-
delt. Er war voller Geschichten und verstand beim Essen gut zu erzählen. Die
Abende in der Messe des Achterdecks gestalteten sich zu einem einzigen Feste.

Die "Glenora" schlingerte über die Höhe von Townsville und geriet stöhnen
und prustend in den Herbst hinein, der in diesen Breiten im April beginnt. Der
nahe Endpunkt der Reise, das günstige Wetter und die Schnurren des Mister Ell-
worth brachten die Messe in besonders gehobene Stimmung. Entgegen allen sonsti-
gen Regeln seines Geizes, die oft dazu beitrugen, die sonntäglichen Roastbeefs
und Plumpuddings der Mannschaft ausfallen zu lassen, liess der Kapitän an die-
sem Abend eine Flasche nach der anderen anfahren. Der Rum floss, und bald
schlingerten die Worte wie der Dampfer in den aufkommenden Kreuzseen. Der Kajü-
tenjunge servierte gerade den Kaffee, da erhob sich Mister Ellworth und wies
den Packmeister an, die von Deckarbeitern hereingeschleppte Kiste mit diploma-
tischen Siegeln zu erbrechen. Es war ein sehr feierlicher Akt: die Kiste des
diplomatischen Gepäcks führte mancherlei Likör!

So geschah es, dass man bald in ein romantisches Fahrwasser geriet. An-
statt Garn zu spinnen, hub die Bande zu singen an... Nicht zuletzt unter dem
Eindruck der Groggläser, die an Bord breit und geräumig waren, damit sie bei
schwerer See nicht über den Stag rutschten. Nach der fünften Flasche Cherry
fühlte sich der Kapitän seinem Gaste verpflichtet. Der junge hievte ihn auf
einen Stuhl, und die Messe erfuhr, dass nun der Kapitän eine Romanze zum Vor-
trag bringen würde. Der Song war lang und der Zuhörer Ausdauer heroisch. Aber
schliesslich endete auch dieser Gesang, feierlich und ernst, wie das Requiem
in der Kirche. Es war sehr lustig in der Messe. - -

Vier Gläser nach Mitternacht stieg der "Erste" von der Brücke nerunter,
und auch der zweite Offizier, der nun die Wache zu führen hatte, beeilte sich.
Bei sechs Gläsern sassen beide schon wieder zusammen und trudelten das herrli-
che Lied: "Ahoi, mein Kuddel sein Baby ist schwarz am Bauch..!" Dann schlug
der Wind um. Die Brise frischte auf. Kühl und steif strich der Landwind durch
die Takelung. Die Lustigkeit der Messe erreichte ihren Höhepunkt. Das kratz-
bürstige Grammophon intonierte den Schlager: "Warum sitzt du denn so traurig
auf der Banke....?" Die Wache wurde vom Segelmacher dem Decksjungen übertragen

Plötzlich stürzte der Junge den Niedergang herab, riss die Schotten auf
und schrie in die Messe: "Kapitain - - , Kapitain - - backbord Brandung vor-

aus!" Er schrie mit innerer Heftigkeit. Aus all seinen Öffnungen strömte die Angst. Der Kapitän blieb gelassen, winkte ab und sang mit sonorer Stimme den Refrain des Liedes allein zu Ende.

Rumm - - - rummm - - ! Mitten im Gesang endete das Lied und mit ihm auch der stampfende Takt der Schiffsschraube. Zum Glück für den Kajütenjungen fielen nicht nur die Groggläser in der Messe um. Genau wie die "Glenora", mal nach Steuerbord, mal backbord, nach oben und unten, so kugelten die hohen Herren im Raum umher. Im Bauche des Schiffes aber knallte, krachte, rasselte und klirrte es, als wären alle Teufel los. Nach einem kernigen Fluche des zweiten Steuermanns, dessen Nase gerade in einem Rosinenpudding vor Anker gegangen war, legte sich plötzlich tödliches Schweigen über das Schiff.

Stöhnend und fluchend, dass selbst der Höllenvurm hätte erröten müssen, wand sich der Kapitän durch die Luken an Deck. Er sah gerade noch, wie die Brecher das Vorschiff klein schlagen wollten, während über dem Quarterdeck die Wellblechhütten einer Eingeborenen-siedlung nahe in der Sonne aufleuchteten. Nach all dem Cherry und Rum wurde es dem Kapitän doch noch klar, dass nicht nur die Liebende seines Grammophons, sondern auch die "Glenora" traurig auf der Banke sass! Er riss sich zusammen. Das Salz biss ihm frisch in die Nasenlöcher. Dann befahl er: "Abklingeln!" Der Junge senkte ängstlich den Hebel des Maschinentelegraphen auf Stopp! "Signal setzen! Sendet Hilfe; sind auf Sand gelaufen!" Inzwischen hatte der zweite Steuermann den Nasenanker aus dem Pudding aufgehoben und hörte gerade noch das letzte Kommando seines Gebieters. Respektwidrig ging er den Ollen an: "Spickaal und Klöden, Kapitain! Die verdammten Nigger da drüben können schwerlich 'nen Walfisch von 'nem Schlepper unterscheiden. Mein Lebtag will ich Klippfisch fressen, wenn das 'ne Sandbank ist. Das ist 'n Riff, Kapitain, 'n Riff, und es war freundlich genug, sich mitten in unsrer Maschine festzusetzen!"

"Jesses, Sir!" antwortete der Kapitän. Dann war auch er am Ende.

So beschloss die "Glenora" die feuchtfröhliche Reise auf den Klippen hinter Townsville. Aber es wurde kein Drama daraus. Die Mannschaft ward geborgen; nur das Ladegut trieb in der Strömung. Der Kapitän sass am Strande und schrieb mit seinem hohen Gaste gemeinsam an der Verklarung. Es war da viel von Nebelbänken und Stromversetzung die Rede! -

Später, als Regierung und Gesellschaft sich die hohe Versicherungssumme geteilt hatten, erhielt der Kapitän ein neues Schiff an der Südküste, wo es leider weder Cherry trinkende Staatsbeamte noch unnachsichtliche Riffe gab. Nichts als langweilige, ungefällige Sandbänke. Jesses! - -

S.Richards.

Oktober.^x

SPD. Der Wind bläst scharf über die Felder. Scharf und kalt - es geht auf den Winter zu. Schräg wehen die dünnen Regenstrahlen im Winde.

Es ist schon zeitig dunkel geworden. Bald wird sich die Finsternis wie ein schwarzes Tuch über die Vorstadt ausbreiten, über die kahlen Wiesen und Felder, über Schutthalden und die Gärten der kleinen Leute, die sich in diesem Oedland eingeknistet haben. Im Hintergrunde stehen die drohenden Schatten einer grossen Fabrik. Eine breite Strasse, mehr Chaussee wohl als Strasse, läuft an den kleinen Gärten vorbei, gerade auf die Fabrik zu. Die Menschen, die auf ihr entlang gehen, den Kopf eingezogen, die Hände in den Taschen, denken: Schon Oktober.... wie so ein Jahr doch vorüber geht.... so schnell... die Wochen und Monate fliegen nur so. Im Sommer hat es geregnet. Im Herbst war das Wetter trübe. Jetzt wird es bald schneien....

Dort, wo die ersten Häuser der Vorstadt beginnen, zeichnen sich die hellen Lichtquadrate der Fenster scharf auf den schwarzen Häuserblöcken ab. Ein

paar Schornsteine wachsen wie klobige Röhren über sie hinweg; eine scharfe blaue Leuchtreklame schwebt zwischen ihnen. Dahinter liegt der rötlich überflaute Abendhimmel. Ein flackernder Widerschein, den die Millionen Lichter der Großstadt an den Himmel werfen.

Der Regen fällt ohne Unterlass in dünnen Strähnen auf die dürre Erde, saugt sich ein und macht den Boden weich und zäh. Die Regensträhnen sind wie graue Fahnen, die der Wind auseinanderzieht und zusammenschlägt. Der Herbstwind, der die kleinen Lauben der Gartenkolonie zaust und schüttelt. Der in kurzen Stößen über das Land fegt, dass die schmalen Stangen, an denen an hellen Sommertagen bunte Fahnen im Winte flatterten, sich ächzend biegen und die letzten Blätter von den Sträuchern abfallen.

Schiihhi... pfeifen Wind und Regen. Monoton und endlos. In das Pfeifen quietscht jetzt eine Gartentür. Dann klappert ein kleiner Handwagen auf die Strasse hinaus. Ein Mann schliesst die Tür ab und spannt sich vor den Wagen. Der Regen schlägt ihm ins Gesicht und zerzt an seinem Mantel. Die Frau hinten schiebt mit geduckten Schultern.

Sie ziehen aus dem Garten in die Stadt zurück. Der Sommer ist vorbei, auch die schönen Herbsttage; der Garten ist abgeerntet und leergefegt von allem Buntten und Blühenden. Sie ziehen in die Stadt zurück, in die Enge und Wärme der Stuben und Kammern.

Der Wagen klappert die Strasse entlang. Die Beiden stemmen sich gegen den Wind. Sie haben schweigsame und verschlossene Gesichter. Sie stimmen sich gegen den Winter, der im Anzuge ist und vor den Toren steht. Er wird hart sein in der Stadt. Er wird keinen Pardon geben. Sie wissen es. Sie wissen auch, dass sie irgendetwas durchkommen müssen. Schwer, das wohl, aber durchkommen müssen sie. Ihn Gedanken gehen den kommenden Monaten förmlich entgegen und versuchen mit ihnen schon im voraus fertig zu werden.

Motorenlärm, dumpfes Rattern. Ein paar Lastautos rattern kurz hintereinander die Strasse entlang. Ihre breiten Räder durchschneiden die Pfützen der aufgeweichten Strassen. Hochauf spritzt das Wasser nach beiden Seiten. "Saubande...", schimpft der Mann vorn, "bis ins Gesicht spritzen sie einem den Dreck!"

Er schimpft noch weiter und schaut zornig hinter den dröhnenden Motorwagen her, deren rote Schlusslichter immer mehr in der Ferne verschwinden. Es ist ihm beinahe eine Erlösung, das Schimpfen. Es reisst einen aus den Gedanken; man kann sich Luft machen. Es ist gut, wenn es hin und wieder etwas zu schimpfen gibt.

"Halt mal an", ruft er der Frau zu. Der Wagen steht. Kartoffelsäcke liegen drin. Oben drauf ein paar Kürbisse - der letzte Rest der diesjährigen Ernte.

"Na, diesmal haben wir wenigstens etwas", sagt der Mann und rückt die Säcke zurecht. Sie sehen sich beide an, und eine kleine Freude huscht plötzlich beim Ansehen über ihre Gesichter.

"So einen Kürbis", antwortet die Frau, "den hat doch noch keiner in der ganzen Kolonie gehabt. Was?"

Der Mann nickt mit dem Kopfe. Sie schweigen. Einen Augenblick ist auch der Wind still gewesen. nun kommt er wieder und bringt neuen Regen mit.

"So ein Wetter. Heute Vormittag war es noch schön..."

Der Mann streift sich den Gurt über die Achsel: "Na los, Mutter, dass wir heimkommen!..."

Sie schieben und ziehen den Wagen weiter, und Mann und Frau sind wieder mit ihren Gedanken allein. Der Mann denkt: Dass uns bloss nicht die Kartoffeln im Keller faulen! Am Sonntag muss ich auch noch mal raus in den Garten und das Dach nachsehen. Die Frau rechnet im stillen nach: Die Kartoffeln langen bis kurz nach Weihnachten. Vielleicht auch bis zum Februar. - Februar, ach Gott, wie lange das noch dauert!... Februar.... Sie möchte am liebsten die Monate schnell an den Fingern abzählen. Vielleicht wird es auch ein milder Winter. Vielleicht wird er nicht so schlimm wie man es sich vorstellt. So ein Winter,

denkt sie, das ist gerade so, als wenn man mit dem Zuge durch einen dunklen Tunnel muss. Aber auch der Tunnel ist einmal zu Ende, und dann kommt wieder Licht. - Und sie stösst mit allen Kräften den Wagen vorwärts. -

Es ist finster geworden. Der Wind bläst stärker über die Felder. Er bläst durch die Strassen der grossen Stadt mit ihren Lichtern und Geräuschen, die die beiden Menschen jetzt aufnimmt und verschluckt.

Oktober.....

Caliban.

Georg Hermann.^x

SPD. Am 7. Oktober wird Georg Hermann, der gemütvolle Verfasser von "Jettchen Gebert", sechzig Jahre alt. Lange ist es her, seitdem der einstmalige Vielgenannte seine ersten Bücher auf den Markt brachte: den Roman von den "Spielkindern", dann die Skizzenbücher "Aus dem letzten Hause" und "Die Zukunftsfrohen". Menschen, Charaktere problematischer Natur sind hier geschildert, die sich selbst sehr wichtig nehmen, jedoch mit dem Leben nicht fertig werden können und so zum Scheitern verurteilt sind.

Nach diesen Büchern warf sich Hermann (Borchardt), der aus dem Kaufmannsstande hervorgegangen ist, auf die Kunstkritik. Schriften über Wilhelm Busch, über Liebermann, über den Zeichnerkreis des "Simpli" und über die deutsche Karikatur flossen aus seiner Feder. Wohl waren diese Arbeiten selbständig gesehen, jedoch nicht gerade von überraschender Originalität und daher auch von keinem Erfolge begleitet.

Der grosse Erfolg ward Georg Hermann erst mit "Jettchen Gebert" beschieden. Ein in gemütvollen jüdischen Kreisen des vormärzlichen Berlin spielender Stimmungsroman. Gut abgetönte Sentimentalität mit leichten humorvollen Lichtern. Für so etwas war man damals zu haben. Das Buch machte seinen Weg, dem Verleger wie dem Verfasser die Taschen füllend. Nicht lange danach erhielt das Werk eine Fortsetzung. Aus dem zagen, schwärmenden Jettchen war eine Frau geworden. "Henriette Jacoby" nannte sich die Stille jetzt. Sie hatte nämlich - freilich wenig nach ihrem Geschmack - einen biederen Vetter aus Bentschen geheiratet. Ist Gehorsam im Gemüte, wird nicht fern die Liebe sein, meinten die Onkels und Tanken. Doch die Tragödie bleibt nicht aus. Obschon schwächer, zog auch dieses Buch. Selbst Bühne und Film nahmen sich des dankbaren Stoffes wiederholt an.

Auf die zartgewebte, mit schelmischen Partien durchsetzte Altberliner Idylle folgte ein knappes Halbdutzend Jahre später der "Kubinke". Emil Kubinke ein mit Werther-Sehnsucht durchs junge Leben wandernder Friseurgehilfe, hat das Pech, an mehrere Brautens Alimente zahlen zu müssen. Von Rechts und Gerichts wegen. Und das, obwohl er an keinem dieser Unternehmen beteiligt und also in keinem Falle der Vater war. In die väterliche Gründungstätigkeit teilten sich vielmehr drei andere, luftigere, gerissenerere Gesellen. Aber der biedere Emil blieb hängen. Und weil dem so war, ging er, verzweifelnd an seinem Schicksal, hin und erhängte sich. Der Stoff ist vielleicht nicht gerade geistreich, doch die Art, wie der Verfasser das alles gestaltete, wie er das Neuberliner Milieu der unteren Kreise zeichnete und mit geschickten Worten humorvoll glossierte, wie er seinen gefühlvollen Helden durch die Schlechtigkeiten der Welt führte, das war gewiss gut geglückt. Scharf geschautes Leben, Witz und originelles, temperamentvolles Urberlinertum.

Georg Hermann ist in erster Linie Plauderer. Das verraten alle seine Bücher. Ganz und gar verrät dies sein zweibändiger Roman "Doktor Herzfeld". Hier wird betrachtet, philosophiert. Nicht übermässig tief, auch nicht urwüchsig neu, mehr für den bescheidenen Hausgebrauch. Der zweite Band ironisierte ein wenig die "grosse Zeit" von 1914 bis 1918. Ueberhaupt hat Hermann zu dieser grossen Kulturmission - rühmend sei's gesagt - von Anfang an eine aufrechte

Stellung eingenommen. Zu einer Zeit, als die Höcker und Herzog, die Bloem und Lauff zum höheren Ruhme der deutschen Literatur ihre belletristischen Klepper wilhelminisch tummelten, als die einen ganghoferten und die anderen lissauerten, ja, als sogar die Haupt- und Sudermänner ins Wanken gerieten, machte Hermann in seiner Plaudereiensammlung "Vom gesicherten und ungesicherten Leben" recht offenherzige Anmerkungen. Und das war im zweiten Kriegsjahre, als wir noch in Siegeswonnen schwammen!

In den letzten Jahren hat Hermann noch manche neuen Bücher erscheinen lassen, darunter den Roman "Heinrich Schön jun.", der das Potsdam der vierziger Jahre lebendig zu machen sucht, und "Grenadier Wordelmann", der ins fridericianische Zeitalter zurückführt. Die Bücherfolge von "Jettchen Gebert" und "Kubinke" hat er nicht wieder erreicht. Aber dafür sind wohl auch die heutigen Zeiten nicht mehr geeignet.

J.Kliche.

Jubiläum des Bildungswesens.

SPD. Die Feier des 25jährigen Bestehens des Sozialistischen Bildungswesens die am 3. und 4. Oktober in Berlin stattfand, umfasste vier Veranstaltungen: eine "Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse", die Schaffung einer "Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Arbeiterbildung", eine "Festversammlung" im ehemaligen Herrenhaus und eine "Künstlerische Feier" in der "Volksbühne". Gleichzeitig hatte der Leipziger Bildungsausschuss eine Ausstellung "Feste und Feiern" zusammengebracht, die im Parteisekretariat des sozialdemokratischen Bezirks Berlin-Brandenburg gezeigt wurde.

Im Mittelpunkt der von Heinrich Schulz geleiteten "Reichskonferenz" stand neben einem Referat von Alexander Stein über die seit der letzten Tagung in Nürnberg geleistete Bildungsarbeit ein umfassender Vortrag von Dr. Adams (Hamburg) über das wichtigste Problem der Gegenwart: "Bildungsveranstaltungen für Arbeitslose". Es gilt, die Menschen, die infolge ihrer erzwungenen Untätigkeit zu Verbitterung und Verzweiflung neigen, abzulenken, zu beschäftigen. Die Arbeitsämter haben auch schon, mit den sozialdemokratischen Bildungsorganisationen zusammenwirkend, Kurse für Erwerbslose eingerichtet, die, von abgebauten Lehrern und Ingenieuren geleitet, sich lebhaften Zuspruchs erfreuen und dabei geringe Kosten - nur einige tausend Mark - erfordern. In Hamburg hat man auch mit künstlerischen und sportlichen Veranstaltungen gute Erfahrungen gemacht. In der Diskussion wurde die Zweckmäßigkeit des Sportbetriebs für Leute, die nicht satt zu essen haben, angezweifelt. Es wurde auch von Clara Bohm-Schuch Klage darüber geführt, dass das Reichsinnenministerium trotz des Reichstagsbeschlusses vom vorigen Februar keinen Pfennig für die geistig-seelische Betreuung der Erwerbslosen übrig gehabt habe. Ferner wurde festgestellt, dass in Städten mit reaktionärer Mehrheit gerade an dieser Stelle gespart wird, obwohl noch hohe Beträge für Theatergagen zur Verfügung ständen.

Die Kundgebung im Herrenhaus brachte eine Gedenkrede von Heinrich Schulz, in der nachgewiesen wurde, wie von allem Anfang an die Bildungsarbeit in ihrer ungeheuren Bedeutung von den sozialistischen Führern, namentlich von Marx und Lassalle, im allgemeinen menschlichen und im speziell deutschen Sinne gewürdigt wurde, und wie vor 25 Jahren diese Bildungsarbeit organisatorisch zusammengefasst wurde. So zahlreich waren die Verbände, die ihre Vertreter entsandt hatten, um dem Reichsausschuss ihre Glückwünsche zu übermitteln, dass nur ein Teil von ihnen zu Worte kommen konnte. Der sozialdemokratische Parteivorstand, das Reichsinnenministerium und das preussische Volksbildungsministerium, die Arbeiterjugend, Arbeitersportler, Volkbühne, die ausländischen Bildungsorganisationen, die Stadt Berlin - alle stimmten sie überein in der Anerkennung der vorbildlichen Arbeit, die der Reichsausschuss geleistet hat und noch lei-

stet. Die Holländer, Österreicher, Polen, Dänen, Schweden, Schweizer sehen in der deutschen Arbeiterbildung ihr Vorbild. Umrahmt waren diese Ansprachen von Jugendchören unter Leitung von Walter Hänel. Die vorgetragenen Lieder waren Kompositionen, die die Arbeitermusikkommission aufgrund eines Preisausschreibens im vergangenen Jahre preisgekrönt hatte.

Dieses künstlerische Element herrschte in der Abschlussfeier in dem schönen Hause der "Volksbühne" vor. Ein aus erwerbslosen Musikern zusammengesetztes Orchester spielte mit viel Schwung die Fünfte Sinfonie von Beethoven und, von einer kurzen Ansprache von Heinrich Schulz unterbrochen, ein grosszügiges Chorwerk von Heinz Tiessen auf den Text von Max Barthel: "Aufmarsch". Die Sänger stellten zwei gemischte Chöre des Arbeiter-Sänger-Bundes. Hier sprach, unter der mustergültigen Stabführung von Georg O. Schumann, die Tonsprache unserer Zeit zu den Hörern, die am Schluss in begeisterten Beifall ausbrachen. Ein schöner Beweis für die ernsthafte Musikkultur, die vom Arbeiterbildungswesen gepflegt wird.

Hermann Hieber.

Mensch und Tier.^x

Von Lilian Tottenham.

SPD. Menschenreihen nasten, knapp aneinander gepresst, aneinander vorbei. Verschllossen sind ihre Gesichter; sie zeichnen die Last des Tages. Nichts könnte sie aufheitern, nichts sie aus der Tretmühle des stumpfen Vorwärtsdrängens bringen.

Plötzlich stehen die Kolonnen. Sie starren auf die Strassenmitte. Angst in den Blicken der einen, Mitleid oder Entsetzen in denen der anderen. Was ist geschehen?

Ein junger Spatz ist aus dem Neste gefallen. Jetzt sitzt er hilflos in der Strassenmitte am Asphalt und schreit. Er schreit mörderisch laut und scheint sich gar nicht gemütlich zu fühlen. Eine Spätzin umflattert den Kleinen und versucht, ihm Anweisungen zu geben, die aber nicht befolgt werden können, denn die Flügel sind noch zu schwach und klein, als dass sie den Körper wegtragen könnten.

Da....die Katastrophe naht. Und zwar in der monströsen Gestalt eines Autobus. Gigantische Pneus gleiten lautlos über den Asphalt, schieben sich vor wie Riesenwalzen, um alles unter sich zu zerpressen, zu zerquetschen. Und der kleine Spatz.....

Er schreit mörderisch, der Kleine, schlägt mit den Flügeln den Asphalt und versucht, emporzukommen. Da dieser Versuch misslingt, so schiebt er sich eben am Boden vorwärts. Und gerade nach der falschen Richtung hin: auf die Riesenpneus zu, die immer näher gleiten.

Die Menschenkolonnen stehen und starren auf diesen kleinen Spatz. Ein Schrei liegt auf den Lippen aller. Entsetzen, Angst lagert in aller Augen.

Der Autobus schiebt sich näher. Leise knirschend wippt er über den glatten Asphalt. Das Bangen der Menschen wird grösser, erfasst wie vollkommen. Wird der Lenker ausweichen können? Wird dieses arme Tierchen von dieser Katastrophe verschont werden? Die Spätzin fliegt mit einem Verzweiflungsschrei davon. Der Kleine flattert wild umher - und schon verschwindet er unter dem Autobus. Haben ihn die grossen Räder erfasst? Ist er zermalmt? Die Frauen legen die Hände vor die Augen, die Männer warten mit besorgten Mienen: wird der kleine Spatz als blutiger Brei auf dem Asphalt zurückbleiben?

Der Autobus gleitet weiter, und mörderisch schreiend flattert der kleine Spatz hervor, hüpf und flügelt über die Strasse hin und verkriecht sich unter einem Obststand. Ein Aufatmen schleicht über die Menschenkolonnen hin. Glückli-

ches Lächeln, Zufriedenheit mit dem Schicksal spiegeln sich in aller Augen. Die Kolonnen setzen sich wieder in Bewegung. Knapp aneinander gepresst hasten sie aneinander vorbei, mürrische Gesichter zeigend. Sie sind wieder Kämpfer geworden um den Alltag, um die Sorge von heute auf morgen.

Ein doppelsinniger Weckruf.^x

SPD. Als Trotzki noch auf der Höhe seines Ruhmes stand und Volkskommissar für Heereswesen war, bekam er eines Tages einen neuen Offiziersburschen. Es war ein junger Rotarmist aus irgend einem entlegenen russischen Dorfe. Trotzki der ein Frühaufsteher ist, gibt dem Burschen den Auftrag, ihn am andern Morgen um fünf Uhr zu wecken.

"Ich habe heute Nacht noch eine späte Sitzung und werde sehr müde sein. Also, kräftig klopfen, Iwan! Ich muss auf jeden Fall um fünf Uhr aufstehen. Du hastest mir dafür!"

Am andern Morgen steht Iwan zur verlangten Stunde vor Trotzki's Tür und klopft, so heftig es seine Bauernfäuste vermögen. Aber er bekommt keine Antwort. Da fasst er sich ein Herz, öffnet die Türe und beschliesst, Trotzki wach zu rufen. Aber er weiss keine Anrede. Wie soll er rufen? - Excellenz? - Nein, das geht nicht. - Oder Genosse? - So vertraut ist er mit seinem hohen Vorgesetzten doch nicht.

Der Bursche ist ganz verzweifelt. Da kommt ihm ein rettender Einfall. Väterchen Zar hat sich zuweilen durch die Klänge der russischen Nationalhymne wecken lassen. Das wäre ein Ausweg. Der Rotgardist stellt sich also in Positur salutiert und singt mit dröhnender Stimme die ersten Takte der Internationale:

"Wacht auf, Verdammte dieser Erde....."

SPD. Endlich am Ziele.^x Herr Schmidt hat Herrn Meier nur immer lurch die Strassen hetzen sehen. Herr Meier wurde von Tag zu Tag nervöser; er ass nichts mehr, rauchte keine Zigarre; sein Gesicht fiel ein. Schmidt erkundigt sich teilnehmend und erfährt, dass es schief steht um Meiers Geschäft, und dass der arme Mann aus den Verhandlungen mit seinen Gläubigern überhaupt nicht mehr heraus kommt. Gestern trifft er ihn wieder. - Wie hat sich Meier verändert: Frisch, gesund, beinahe blühend. Schmidt freut sich, dass der Freund es nun endlich geschafft hat.

"Also, da darf man doch gratulieren, nach der vielen Aufregung nun doch endlich am Ziele?"

"Ja, lieber Schmidt, ich glaubte schon an etwas Furchtbares, aber Gott sei Dank, es hat nochmal geklappt: ich bin seit gestern pleite."

SPD. Ausgrabungsfund an der Peterskirche.^x In der Vatikanstadt war im verflossenen Sommer an der Aussenseite der Apsis der Peterskirche die Marmorbasis eines Baues freigelegt worden, dessen Bestimmung man sich nicht erklären konnte. Nun hat das Kirchenarchiv die gewünschte Aufklärung geliefert. Dombaumeister Antonio da Sangallo (bis 1546), der Vorgänger Michelangelos in diesem Amte, hatte den Bau einer Säulenhalle um die Apsis begonnen. Michelangelo stellte den Bau ein, da, wie er an den Papst schrieb, die Halle nur Spielern und liederlichen Weibern dienen würde. Die aufgefundenen Marmorreste gehören zu dieser nicht ausgeführten Halle.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 75

Berlin, den 5. Oktober 1931

Küchen berühmter Häuser.*

SPD. Die Erhaltung und Pflege berühmter Häuser, altherwürdiger Gebäude und Wohnräume, in denen bedeutende Künstler und Wissenschaftler, Dichter und Forscher gewohnt haben, ist nicht eine Angelegenheit sentimentaler Pietät, die nur der Vergangenheit dienen will, ohne der Gegenwart zu nützen. Denn hier ist ein lebendiges Stück vergangener, in die Gegenwart hinein ragender Kultur lebendig, das Lebensberechtigung hat wie jedes wertvolle Gut, gleichgültig, welches Alter es aufzuweisen hat. Was keine Handschrift, keine Briefsammlung, kein Manuskript jemals aussprechen kann, das Letzte und Entscheidendste der Stimmung und der Schattierung, das können alte Wohnräume wiedergeben. Die Anordnung und der Stil der Möbel, ihre Formen und Farben, die ungezählten Kleinigkeiten, die in ihrer Gesamtheit ein unverfälschtes Abbild der Zeit, die sie schuf, geben alles das ist ein Stück Wirklichkeit, das wir immer wieder als Mass für die Kultur der Gegenwart brauchen.

So besuchen Tausende alljährlich das Haus Albrecht Dürers, die Wohnräume Goethes, Beethovens, Mozarts und vieler anderer bedeutender Persönlichkeiten. Aber leider werden nur die eigentlichen Wohnräume besichtigt - an den Küchen, diesen Aschenputteln vergangener Zeit, geht man achtlos vorüber. Und doch lohnt es sich, auch hier einzutreten und zu verweilen, denn sie geben einen interessanten Einblick in die Entwicklung der Hauswirtschaft, dieses Hauptwirkungsbereiches der Frau seit Jahrhunderten. Könnte man nicht glauben, dass im geräumigen, herrlich im Angesichte der Burg Nürnbergs liegenden Dürerhause sich jeden Augenblick die alte Küchentüre öffnen und die Gestalt der gestrengen Eheherrin des Meisters heraustreten müsste? So persönlich, so unmittelbar mutet der etwas zugige, unfreundliche Raum an, in dem nichts verändert zu sein scheint seit vier Jahrhunderten. Eine streng ordnende Hand hat Zinnteller und Krüge auf das breite Gesims gestellt, und auf der offenen Feuerstätte des Kamins liegen Bratpfannen und Tiegel, als hätte Frau Agnes eben gerade eines der Lieblingsgerichte Dürers fertiggestellt, vielleicht um einen Rest von Schuldgefühl loszuwerden, das sie manchmal überfiel, wenn sie ihrem genialen Gatten etwas zu viel mit Vorwürfen und spitzen Bemerkungen zugesetzt hatte. In einer wenig anheimelnden, düsteren Küche, die in seltsamem Gegensatz steht zu den weiten, hellen Wohnräumen der Strassenseite, waltete sie hier ihres Amtes, und in ähnlichen Küchenräumen mögen ungezählte Frauen in jenen Jahrhunderten gewirkt haben. Nichts hatte sich darin im Laufe der Zeit verändert; kaum eine technische Verbesserung hatte hier Einlass gefunden seit den Anfangszeiten menschlicher Kultur. Die Küchen der alten Burgen, der Bürgerhäuser und der Patriziergebäude - sie ähneln alle bis auf genaueste jenen primitiven Feuerstätten, an denen im Altertum die Frauen der Jäger und Hirten ihre einfachen Mahlzeiten bereiteten. Auch in der Küche des Dürerhauses wusste man nicht viel von Hygiene. Zwar ist an der getäfelten Wand des geräumigen, freundlichen Speisenzimmers eine wunderhübsch Waschkanne mit zinnernem Becken angebracht, in dem man sich vor der Mahlzeit die Hände waschen konnte, aber in der Küche sucht man vergebens nach einer solchen Möglichkeit. Koch- und gleichzeitig Abfallstätte: diese Begriffsverbindung prägt sich noch deutlicher aus, wenn man die Tür eines in die Seitenwand der Küche eingebauten kleinen Raumes öffnet, der sich als

greülicher, primitiver Abort erweist, dessen Abzug in die Küche führt....

Etwas freundlicher mutet die Küche der Frau Rat im Goethe-Hause zu Frankfurt am Main an, wenn sie allerdings in ihren Einrichtungsgegenständen auch noch auf der gleichen Stufe steht wie die Küche des Dürerhauses. Die gleiche offene Feuerstätte des breiten, verräucherten Kamins, die gleichen eisernen und zinnernen Tiegel und Töpfe, die gleiche Form der Feuerzange. Und doch wirkt der Raum im Ganzen anheimelnder und behaglicher, und die freundliche, weniger strenge Anordnung des Geschirrs, in dem Frau Goethe, deren Kochrezepte teilweise bis heute Verwendung finden können, die Mahlzeiten zu bereiten pflegte, gibt noch nach Jahrhunderten einen Schimmer ihrer Frohnatur wieder. Auch die Küche des Mozart-Hauses in Salzburg scheint noch an die Frau zu erinnern, deren heitere Lebensfreude Mozart mit auf die Welt bekommen hat: Anna Maria Mozart, geborene Pertl, die hier, in dem hohen, schmalen Bürgerhause ihrem grossen Sohne das Leben schenkte. Durch einen hellen, blumengeschmückten Hof mit luftigen Bogengängen wandert der Besucher, und die hübsche, appetitliche Küche fügt sich ganz dem Gesamtbilde der behaglichen, sonnigen Wohnung ein. Sonnenstrahlen fallen durch das Küchenfenster und zeichnen lustige Kringel auf den marmorbelegten Fussboden, und das bunte Geschirr unterstreicht diesen Eindruck noch und vermittelt ein heiteres Bildchens aus dem Familienleben des Elternpaares Mozart, das in seiner Jugend als schönstes Paar Salzburgs galt.

Eine ganz andere Stimmung aber umfängt uns in einem Hause, das weit ab von dieser fröhlichen Welt des Südens liegt. Nur selten einmal betritt ein Besucher die Räume des Rüschhauses in Westfalen, des schlichten, kleinen Gehöftes, in dem Annette von Droste-Hülshoff ihre unsterblichen Balladen und Gedichte geschaffen hat, und gänzlich bedeutungslos wird den meisten wohl die Küche erscheinen, die breit und geräumig im Erdgeschoss liegt. Und doch hat der mit dicken Holzbalken überdeckte, ernste, weite Raum viel zu erzählen. Hier stand Levin Schücking oft am Kamin und trocknete sich die Kleider, wenn Sturm und Regen ihn auf seiner Wanderung durch Felder und Gehölze durchnässt hatten. Und neben ihm stand Annette selbst und bereitete in Eile ein paar gute westfälische Pfannkuchen für "ihren Jungen", dem sie Mutter und Freundin war, und dem sie die tiefsten Eindrücke ihres Lebens verdankte. Etwas scheu streifte ihr Blick dann wohl das kleine Schiebefenster, das oben in der Seitenwand der Küche angebracht ist. Denn hier pflegte ihre Mutter mit strengen Blicken das Ganze zu übersehen, und durch dieses kleine Küchenfenster drang oft genug ihre scharfe Stimme, wenn sie die Tochter, die dahinbrütend und schreibend in ihrem kleinen Zimmer sass, zu sich hinunter rief.

Gegenwartsnah wird die Vergangenheit in diesen Räumen, und Zeit und Jahrhundert werden wesenlos. Die Küchen alter Häuser - sie haben ihre eigene Sprache, und vieles wissen sie zu berichten und zu erzählen, wenn man Ruhe und Geduld hat, ihnen zuzuhören.

Elke.

Unbekannte Nahrungsmittel.^x

Von Universitätsprofessor Dr. H.H. Sheldon (New York.)

SPD. Wir können unser Zeitalter vielleicht mit Recht als das goldene Zeitalter der Entdeckungen auf mechanischem und elektrotechnischem Gebiete rühmen; auf dem Gebiete der Ernährung verdient es diese Bezeichnung bestimmt nicht. Wir können auf einen Knopf drücken und dadurch allerlei wunderbare Dinge bewirken. Wir können eine Lampe mit ultraviolettem Licht einschalten und dadurch den Vitamingehalt unserer Nahrungsmittel erhöhen. Aber die Nahrungsmittel werden keinen anderen Geschmack haben als zuvor. Unsere Chemiker sind in der Lage, die Spur einer Spur irgendeines Minerals in einem Nahrungsmittel zu

entdecken und manchmal auch nachzuweisen, dass dieses Mineral auf unsern Organismus irgendeine bedeutsame Wirkung ausübt. Man hat bewiesen, dass der Kupfergehalt verschiedener Tierlebern Blutarmut beheben kann. Der Preis der Leber ist infolgedessen gestiegen, aber sie schmeckt noch immer genau so wie zuvor. Wir können den Kalorienwert unserer Nahrungsmittel aufs genaueste messen, und dieser Zeitvertreib war sogar einmal so beliebt, dass diese Zahlen auf den Speisekarten der Restaurants prangten. Aber ein geringer Zusatz von Pfeffer oder eines anderen Gewürzes machte die Speisen bei weitem schmackhafter als die Anführung ihres Gehaltes an Kalorien.

Der Mensch kann ohne Kraftstationen, ohne Aeroplane, ohne Radio, ja, ohne den Grossteil der mechanischen und elektrotechnischen Erfindungen des letzten Jahrhunderts leben. Aber Nahrung muss er haben. Professor E. Free hat die Konservendose als eine der gewaltigsten Erfindungen aller Zeiten bezeichnet, weil sie den Menschen instandsetzt, sonst verderbliche Nahrungsmittel planmässig aufzuspeichern und sie planmässig zu verteilen. Von diesem Gesichtspunkt aus wird eine kommende Generation vielleicht alle unsere Erfindungen als nebensächlich im Vergleich mit dem goldenen Zeitalter der Entdeckungen von Nahrungsmitteln, das mit dem Zeitalter der grossen geographischen Entdeckungen nach Columbus zusammenfällt, bezeichnen. Und damals wurden nicht nur neue Nahrungsmittel, sondern auch neue Geschmackssensationen entdeckt!

Viele unserer Nahrungspflanzen sind seit Jahrhunderten bekannt und werden seit Jahrhunderten angebaut. Äpfel sind seit zumindest 4000 Jahren bekannt, Linsen seit etwa 5000 Jahren. Beide bildeten zweifellos einen Bestandteil der Nahrung des vorgeschichtlichen Menschen. Viele andre Nahrungspflanzen sind ebenso oder fast ebenso alt. Bananen etwa wurden schon vor vier Jahrtausenden angebaut, Bohnen seit 4700 Jahren, Kohl vor ebenso langer Zeit, Sellerie seit 3000 Jahren, wie wir einwandfrei nachweisen können. Andererseits ist eine grosse Zahl essbarer Pflanzen verhältnismässig neuen Ursprungs, und andre wieder, die längst in entlegeneren Teilen der Welt bekannt waren, sind erst in neuerer Zeit der zivilisierten Welt bekannt geworden. Die Gewürznelke wurde vor etwa 300 Jahren von den Portugiesen aus Ostindien nach Europa gebracht. Mit dem Anbau von Zimt wurde erst vor etwa 150 Jahren auf Ceylon begonnen. Kakao, seit zumindest tausend Jahren in Südamerika bekannt, wurde erst vor wenigen Jahrhunderten nach Europa eingeführt. Man stelle sich die Sensation vor, die die Entdeckung einer so neuen Geschmacksempfindung wie die der Schokolade hervorrief und auch heute hervorrufen würde! Paprika kam im 16. Jahrhundert nach Europa, Pfefferminz erst 1750! Amerikanische Erdbeeren wurden 1629 zum ersten Male nach England gebracht. Ananaserdbeeren, aus Chile stammend, kamen sogar erst im Jahre 1715 nach Europa. Die Kartoffel war vor dem Jahre 1585 in England noch unbekannt. Und so folgte im fünfzehnten, sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert eine Entdeckung auf die andere!

Man wird entgegenen, dass sich die Verhältnisse inzwischen geändert haben, dass wir den ganzen Erdball nun so gut kennen, dass keine Pflanze von Wert unserer Aufmerksamkeit entgangen ist. Und doch werden viele Pflanzen erst seit verhältnismässig ganz kurzer Zeit angebaut. Preiselbeeren wurden erst um 1800 in Amerika bekannt und in Massachusetts erstmalig angebaut. Unsere Grossväter erinnern sich noch wohl der Zeit, da Tomaten als "Liebesäpfel" bezeichnet und als Nahrungsmittel unbekannt waren. Die Grapefruit, seit mehr als zweitausend Jahren in Indien und auf dem malaischen Archipel angebaut, wurde in Amerika erst vor kaum dreissig Jahren und in Europa noch viel später bekannt.

Gibt es also wirklich keine Möglichkeiten mehr? Die Antwort lautet: Ja; es gibt deren zahlreiche! Die Tatsache wird überraschen, dass das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten eine Liste vorbereitet, die tausend für die menschliche Ernährung in Betracht kommende Pflanzen enthalten wird, die in Amerika wohl gedeihen, aber nicht angebaut werden und fast unbekannt sind! Viele von ihnen wurden von den Indianern als Nahrungsmittel verwendet.

Unter ihnen befindet sich die Präriekartoffel, die gegenüber der gewöhnlichen Kartoffel den Vorteil hat, dass sie gegen Insektenschädlinge weit widerstandsfähiger ist. Eine andre Pflanze ist die wilde Lakritze, die die wirksame Substanz der Lakritze, wie sie für Süßigkeiten und Heilmittel verwendet wird, in hohem Masse enthält. Camas nennt sich eine Pflanze, aus der die Indianer den süßen Syrup herstellten, und die gemahlen manchen Stämmen Mehl lieferte. Eine andre Pflanze, der Familie der Kakteen zugehörig, die den wissenschaftlichen Namen Lophophora Williamsii trägt, ist wegen ihrer alkoholähnlichen Wirkung unter den Indianern als "trockener Whisky" bekannt. Die bereits erwähnte Camas-Pflanze hat einen hohen Inulin- (nicht Insulin!) Gehalt. Das Inulin ähnelt dem Insulin nicht nur im Namen, sondern auch in der Wirkung und wird als sehr wirksames Medikament für Zuckerkrankte angesehen. Wenn wir also in der Lage sind, so viele neue Pflanzen fast vor unsrer Türe zu finden, um wieviel mehr muss es deren auf der ganzen weiten Welt geben, die uns noch unbekannt sind! Von allergrösstem Nutzen werden uns hierbei unsre vervollkommeneten Kühlmethoden sein. Nahrungsmittel können heute von einem Ende der Welt zum anderen befördert werden, ohne dass sich ihre Frische vermindert. Ein Schiff, das eine Reise um die Welt unternimmt, kann sich in seinem Ausgangshafen mit genügend grossen Mengen an Eiskreme für die ganze Fahrt eindecken.

Im allgemeinen sind zwar unsre besten Nahrungsmittel und Speisen nicht das Ergebnis planmässiger wissenschaftlicher Forschung, sondern eher glücklicher Zufälle. Man erinnere sich etwa der oft erzählten Geschichte von der Entdeckung des Rocquefort-Käses. Ein französischer Schafhirt soll Brot und Käse zusammen längere Zeit hindurch in einem Keller aufbewahrt haben und dann den Käse zwar schimmelig, aber ungemein wohlschmeckend vorgefunden haben. Ob sich die Sache nun wirklich so abgespielt hat oder nicht, so ist sie doch kennzeichnend. Wenn wir unsre Speisen prüfen, dann wird es wahrscheinlich, dass viele davon durch einen Zufall "erfunden" wurden. Und wir machen noch immer solche gelegentlichen Entdeckungen.

Wäre es aber nicht an der Zeit, dass unsre Nahrungsmittelchemiker für eine Weile mit dem Analysieren aufhörten und ihre Aufmerksamkeit der Entdeckung neuer Nahrungsmittel und der Erfindung neuer Geschmacksempfindungen zuwendete. Sicherlich. Können sie nicht schon heute auf synthetischem Wege fast jede nur erdenkliche Geschmackswirkung erzielen? Bisher jedoch waren sie stets nur darauf bedacht, irgendeinen natürlichen Geschmack wie den der Zitrone, der Orange oder der Vanille nachzuahmen. Warum ersinnen sie keine neuen Geschmackswirkungen, die nicht bereits vorhandene nachahmen? Denn von unserm Zeitalter, das immer neue Kunstwerke für das Auge erstehen lässt, immer neue Musik für das Ohr ersinnt und immer neue Maschinen, die den menschlichen Muskeln Arbeit abnehmen, kann wohl mit Recht gesagt werden, dass es den Geschmackssinn bisher allzu stiefmütterlich behandelt hat.

(Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Chronische Verstopfung.^x

SPD. Chronische Verstopfung oder, wie die medizinische Bezeichnung lautet, "habituelle Obstipation", gehört zu den verbreitetsten Leiden. Häufig ist sie eine Folgeerscheinung anderer aktueller Erkrankungen, die verschiedensten Ursprungs sein können. Bei zahlreichen Menschen aber kommt auch die Verstopfung, oft von früher Jugend an, ohne sonstige Krankheit und Gesundheitsschädigung vor. Wir sind auch heute immer noch weit entfernt davon, in jedem Fall einwandfrei die Gründe, die die Verstopfung erzeugen, diagnostizieren zu

können. Wohl wissen wir, dass sie auf funktioneller, angeborener Darmschwäche beruhen, oder dass unzweckmässige Lebensweise den normalen Ablauf der Darmfunktion hindern kann, wie z.B. falsche Ernährung, unregelmässige Einnahme der Mahlzeiten und auch Mangel an körperlicher Bewegung. Man glaubte lange mit mehr oder weniger Recht, dass Frauen häufiger darunter litten als Männer, und führte das auf unzweckmässige Kleidung zurück. Diese Ursache fällt seit Jahren fort. Niemand schnürt sich mehr; niemand legt Wert auf eine Wespentaille. Wohl aber kann ein anderes Moment eine Erklärung für diese angebliche Tatsache geben. Mädchen genieren sich leider noch sehr oft, über die ersten Anzeichen einer einsetzenden Unregelmässigkeit des Stuhlganges zu sprechen. Desto stärker bedrückt sie der Gedanke, dass der Organismus nicht regelmässig funktioniert, und zu der körperlichen Belästigung kommt noch das seelische Moment. Solche Mädchen beginnen, sich mit übertriebener Wichtigkeit mit dem Vorgang der notwendigen Stuhlentleerung zu beschäftigen. Angst vor Erkrankungen kommt hinzu, und der Darm versagt weiter.

Die sehr einfache Erklärung dafür ist den Laien nicht genügend bekannt: "Der Darm hängt in seiner Tätigkeit mehr als manche anderen Organe vom Nervensystem ab". Die nervöse seelische Stimmung wirkt geradezu hemmend auf die Darmnerven. Die normale Spannung der Darmwände wird gelockert und so die Darmtätigkeit (Peristaltik) beeinträchtigt. Obgleich die Darmtätigkeit nicht unsem Willen unterworfen ist, sieht man an solchen Beispielen, wie sie doch psychisch beeinflusst werden kann. Es soll damit nicht gesagt sein, dass diese Beeinflussung bewusst vor sich geht, sondern wir müssen uns vorstellen, dass unbewusste Reflexe am Darm ausgelöst werden. Es wird nun wohl ganz verständlich werden, dass ähnlich auch jedes männliche Individuum aus einer gleichen nervösen Situation heraus von den gleichen Beschwerden heimgesucht werden kann. Allmählich entwickelt sich eine grosse Gereiztheit, ein ganzer "Komplex", d.h. das Denken und Trachten der betreffenden Patienten beschäftigt sich nur noch mit dem "krankhaften Zustand". Selbst wenn eine Zeit lang alles normal funktioniert hat, befürchten solche Menschen, einen zu geringen Stuhlgang zu haben. Sie befürchten, dass richtige Hausmannskost ihnen schadet, und essen nur leichte Sachen, die naturgemäss nun ihrerseits auch weniger Schlacken und spärlicher Entleerungen zur Folge haben müssen! So entsteht der unangenehme Kreislauf zwischen der Nervosität des Patienten und ihrer Rückwirkung auf den Darm. Allmählich wird von dem Betreffenden ganz vergessen, welches das primäre Moment gewesen ist. Dadurch verschiebt sich das gesamte Bild, und es ist sehr schwer für den Arzt, einen solchen Patienten von der Harmlosigkeit sowohl seines "Nervenleidens" wie der Verstopfung zu überzeugen.

Es ist dringend nötig, dass der Patient volles Vertrauen zu den Verordnungen des behandelnden Arztes hat, besonders in bezug auf eine reichlichere Kost, die den Darm mehr zum Arbeiten reizt. Neben ausreichender Fleischnahrung müssen genügend Genüsse, Butter oder Fett, Obst aller Arten und vor allem gröbere Brotsorten wie Pumpernickel und Grahambrot dem Körper zugeführt werden. Das ist bedenkenlos, weil ja der Magen tadellos arbeitet und diese Kost auch noch den Darm mechanisch anregt.

Mehr als beim Arzte liegt es bei den betroffenen Patienten, ihr Leiden zu bekämpfen. Zuerst versuche man, durch Zimmergymnastik (Aufrichten des Körpers aus liegender Stellung, Anziehen der Oberschenkel) die Bauchmuskeln zu stärken. Auch eine leichte Massage nach Angaben des Arztes regt die Darmtätigkeit an. Man gewöhne sich daran, zu einer bestimmten Tageszeit auch ohne Stuhldrang den Abort aufzusuchen. Man gebe sich dann zur Entleerung Mühe und wird erstaunt bemerken, dass man hierdurch eine Erziehung und Gewöhnung des Darmes erreicht, die einem anfangs ganz unglaublich erscheint. Regelmässige Körperbewegung und langsame Besserung des Leidens heben den Lebensmut und beseitigen die Misstimmung, und wo Abführmittel zu Hilfe genommen werden (solange es noch nicht ohne sie geht), da wird auch dadurch die Heilung, selbst in schweren Fäl-

len, erzielt bzw. gefördert. Es ist ganz verständlich, dass man in Fällen, bei denen jahrelang Abführmittel angewendet worden sind, wie leichte Tees, Kissinger Pillen usw. usw., nicht plötzlich diese Mittel weglassen kann. Das ist auch nicht ausschlaggebend, denn diese Mittel beeinträchtigen die Gesundheit nicht, wenn sie in vernünftigen Grenzen genommen werden und nach Rezepten und Beratungen mit dem Aerzte. Ich kenne 70 Jahre alte und noch ältere Menschen, die Jahrzehnte hindurch regelmässig Abend für Abend Abführmittel einnehmen. Schädlich werden diese Mittel erst, wenn die Patienten gelegentlich lesen oder in einem Vortrage hören, dass diese Mittel mit der Zeit den Darm so krank machen, dass sich "ein Krebs entwickeln müsste"! Dann beginnen sie (prädisponiert für hypochondrische Gedanken), jeden Tag gleichsam darauf zu warten, wenn auch sie durch den Krebs lebensunfähig gemacht werden. Diese quälenden Gedanken müssen eine gesundheitliche Schädigung bewirken, weil natürlich jemand, der ständig in einer Angst vor qualvollem Sterben und vor langer Krankheit (die er sich immer ausmalt), lebt, einfach nicht mehr die nötige Energie zum Leben aufbringt, das besonders heute grosse Anforderungen an die Nerven stellt. Häufig sind solche Hypochonder wieder "vernünftig" geworden, wenn sie einmal ruhig die Dinge betrachtet haben, ungefähr in der Art, wie ich sie hier zu schildern versucht habe. Wir haben es viel mehr in der Hand, uns gesund und ohne Nervosität zu erhalten, als wir es wissen. Jeder sollte mehr Gebrauch von der Möglichkeit machen, anstatt seinen Körper durch dauernde Gedanken an und über sein Leiden krank zu machen, ihn durch Gedanken an seine Widerstandsfähigkeit und seinen Lebenswillen gesund zu erhalten, bezw. die Heilung einer Krankheit durch solche Gedanken zu beschleunigen.

Dr. H.

Süssspeisen. X

SPD. Bei aller der von schmaler Wirtschaftskasse diktierten Sparsamkeit sollen unsre Mahlzeiten doch auch eine gewisse Abwechslung haben. Fehlt sie, so zeigt der Körper durch sein bestimmtes Verlangen, dass in dem feinen Organismus des Kräfteersatzes eine Lücke entstanden ist. Nachdenkliche Mütter haben deshalb den Wunsch ihrer Kleinen nach Süßem als berechtigt anerkannt und sehen keine Sünde darin, wenn auch ihre "grossen Kinder" dieser Schwäche treu geblieben sind. Der Wert einer Süßspeise beruht auf seiner anregenden Wirkung; auch enthält sie mancherlei Nährstoffe zur Ergänzung der Fleisch- und Gemüsekost. Man muss allerdings die fertigen Puddings in der Tüte meiden und sich seine Zutaten selbst zusammenstellen. Dann findet die geschickte Hausfrau bald heraus, dass bei solchen Ueberraschungen ihre Kasse keinen Schaden erleidet.

Eine zeitgemässe und nicht alltägliche Süßspeise ist Aepfelschnee. Dazu gehören einige herbe Aepfel - ein halbes Pfund ist ausreichend -, die in der Ofenröhre weich gebraten werden. Hat man dazu keine Gelegenheit oder ist die Zeit zu knapp, so senkt man die Aepfel einige Minuten lang in kochendes Wasser. Dann lassen sie sich willig durch ein Haarsieb reiben. Ist der feine Brei erkaltet, so fügt man 65 Gramm Zucker, etwas Vanille und einen Löffel Rum hinzu und zieht den Schnee von einem Ei darunter. Dann muss die Speise in einem kühlen Raume gut geschlagen werden. Der Aepfelschnee wird sich in seiner ganzen Apptetitlichkeit zeigen, wenn er in der Schüssel mit einigen eingemachten Kirschen garniert ist.

Billig und dabei besonders nahrhaft und erfrischend ist eine Buttermilchspeise. Hierzu wird 1 Liter Buttermilch mit 150 Gramm Zucker und etwas geschabter Vanille in kaltem Zustande gut verrührt. Nun lösen wir 4 Blatt rote und 8 Blatt weisse Gelatine in 3 Esslöffeln kochendem Wasser auf und fügen einen Teelöffel Zitronensaft hinzu. Damit sich keine Klümpchen bilden können,

giessen wir die Masse durch ein Sieb, um sie dann der Buttermilch zuzuführen. Beide vermischen sich zu einer festen Speise. Hat man sie gestürzt, so hebt ein Kranz von rotem Fruchtgelee das appetitliche Aussehen. Besonders gut aber schmeckt hierzu eine Vanillentunke, die wenig Mühe macht. Ein Viertelliter Milch wird mit 4 Esslöffel Zucker und etwas Vanille aufgekocht. Nun lässt man einen Teelöffel Mondamin einregnen und kocht nochmals auf. Vom Feuer genommen, will die Tunke mit einem Eigelb abgezogen werden.

Ein Vanillencreme nach folgendem Rezept ist mit Recht bei Alt und Jung beliebt. Bei der Hausfrau auch deshalb, weil er rasch hergestellt ist. In einem emaillierten Topfe werden 2 Eigelb mit einer Tasse voll Zucker und etwas Vanille schaumig gerührt. Hierzu gibt man 50 Gramm Mondamin, die in 5 Esslöffeln Wasser aufgelöst wurden. Ueber das Ganze ergiesst sich langsam und unter ständigem Rühren, um ein Ansetzen zu verhüten, ein halbes Liter Milch. Dieser lieblich duftende Brei wird aufgekocht und bis zum Erkalten wieder gerührt. Inzwischen wurden die übriggebliebenen Eiweiss zu Schnee geschlagen, der jetzt mit dem Brei vermenget wird. Zu unserm gelben Pudding passt wieder rotes Fruchtgelee wundervoll. Auch im Geschmack harmonieren diese Zwei nur zu gut.

Lucie Bürgel (Potsdam)

Gib acht auf Iphigenie!

SPD. Wir stehen im Zeichen des Goethe=Jahres. Ueberall rüsten man zu Feiern. Die Verehrung für unsre Grossen verleitet manche Leute dazu, ihren Kindern klassische Namen zu geben. In einer kleineren Stadt Oberschlesiens wurde vor einiger Zeit eine junge Erdenbürgerin auf den schönen Namen Iphigenie getauft. Die strenggläubige Mutter glaubte zunächst, ihrem Liebling den Namen einer Heiligen gegeben zu haben. Erst später erfuhr sie von einem Schriftgelehrten, dass Iphigenie auf Griechenlands geheiligtem Boden gewandelt ist, und dass kein Geringerer als Goethe sich mit dieser Gestalt befasst hat. Die Mutter war zunächst enttäuscht, liess dann aber Goethes wegen den Namen gelten, weil sie in der Schule gekernt hatte, dass Goethe gute Verse machen konnte.

Neulich komme ich an ihrem Garten vorüber. Das Kleine spielt mit einem etwas Grösseren in einem Gemisch von Wasser und Erde. Spuren dieser Mischung machen sich an der Kleidung und im Gesichte stark bemerkbar; bei beiden Kindern. Ich stelle bei mir gerade Betrachtungen über den schönen Namen des Kindes an, da höre ich die Stimme der Mutter von der Wohnlaube aus rufen: "Maxel, gib amal uff die Iffijehnje Obacht! Das dreckje Biest beschmiert sich's ganze Hemde mit Jauche!" -

Kann die Verehrung des Volkes für Goethe lebendiger sein?

-ch.

SPD. Ein Blumenangebinde. Frau Klipp besucht Frau Zull in ihrem Garten. Frau Zull will nett sein und fragt: "Darf ich Ihnen eine Rose abschneiden, Frau Klipp?"

"Zu liebenswürdig", erwidert Frau Klipp, "aber wenn Sie gestatten, schneide ich mir dafür lieber einen oder zwei Blumenkohlköpfe ab."
